

SGA-BULLETTIN

2/94

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

Juni 1994

Stadtplanung
Bilanzen 1990-1994
Regierungsratswahlen
Ratsberichte

Geld, oder wir schrumpfen!

Die Rezession hinterlässt ihre Spuren auch bei uns, respektive bei der Zahlungsmoral unserer AbonnentInnen. In der letzten Nummer des SGA-Bulletins war ein Einzahlungsschein beigeheftet; nur rund 150 Einzahlungen sind seither bei uns eingetroffen, einige davon grosszügig bis sehr grosszügig aufgerundet. Bei all diesen zahlungstreuen LeserInnen möchten wir uns bedanken.

Tatsache ist aber, dass mit diesen Zahlungen nur gerade die Kosten einer Nummer gedeckt sind! So geht's natürlich nicht. Früher lag jeder Nummer ein EZ bei, und jahrelang war das Bulletin auf diese Weise dank der Treue seiner LeserInnen selbsttragend. Seit letztem Jahr haben wir auf das System mit dem einmal jährlich beigehefteten EZ umgestellt. Das eigentlich damit gleichzeitig vorgesehene Mahnungswesen konnten wir allerdings mangels Kräften und Finanzen (ein entsprechender Versand würde alleine an Papier und Porto ca. 1/4 einer Bulletin-Nummer kosten) nicht einführen. Wir schreiben lieber interessante Artikel als Mahnbrieft... Die Folge: zuwenig «Schtütz» sind reingekommen. Gleichzeitig ist das Bulletin im Umfang in den letzten Jahren gewachsen. Während früher Nummern mit 36 Seiten zur Ausnahme gehörten, sind sie heute die Regel. Wir hätten auch keine Mühe,

40 Seiten zu füllen, interessante Themen gibt's genug und AutorInnen sind auch da – aber eben, das liebe Geld. Zudem sind es 36 Seiten ohne jede Werbung. Wo gibt's das heute noch?

Bitte einzahlen

Möglich ist das u.a. auch nur, weil wir ohne jede bezahlte Arbeit auskommen und auch die verwendeten Computer privat und gratis zur Verfügung gestellt werden. Der langen Rede kurzer Sinn: Wir gehen wieder dazu über, jedem Heft einen Einzahlungsschein beizulegen und verbinden das mit einem dringenden Appell an alle, die in diesem Jahr noch nicht einbezahlt haben, denselben zu benutzen. Wenn dieser Aufruf zuwenig fruchtet, werden wir in Zukunft nicht um eine Reduktion auf 28 oder gar 24 Seiten herkommen – und damit auf interessante Artikel verzichten müssen.

Zum Schwerpunktthema

In dieser Nummer beschäftigen wir uns mit der Arbeit der alternativen Gruppierungen seit den letzten Wahlen im Jahre 1990. Was wurde in den vier Jahren erreicht? Welche Schwerpunkte wurden gesetzt? – Eine Bestandesaufnahme der SGA, des Kritischen Forum Chams, des Forum Oberägeri und der alternativen Regierungsarbeit. Leider fehlen die Beiträge von der Frischen Brise Steinhausen und vom Gleis 3 Rotkreuz. □

Beilage

In der Mitte ist ein Doppel-Initiativbogen beigeheftet. Bitte unterschreiben und zurücksenden an: SGA, Postfach 829, 6301 Zug. Weitere Bogen können unter obiger Adresse oder unter Telefon 22 13 15 bestellt werden. Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis

Doris Angst, ein politisches Kurzportrait «Eine linksgrüne Liberale»	Seite 4
Regierungsratswahlen 1994 «Warum und wozu ich für den Regierungsrat kandidiere»	Seite 5
Bilanz 1990 bis 1994: SGA Kanton Zug «Oppositionspartei mit Regierungsbeteiligung»	Seite 7
Bilanz 1990 bis 1994: Forum Oberägeri «Akzeptanz musste hart erarbeitet werden»	Seite 8
Bilanz 1990 bis 1994: SGA Baar Einiges gemacht, aber noch einiges zu tun	Seite 9
Bilanz 1990 bis 1994: Kritisches Forum Cham Hoch motiviert für die kommenden Wahlen	Seite 10
Bilanz 1990 bis 1994: SGA der Stadt Zug Serioser, besser, aber immer noch frech	Seite 11
Bilanz 1990 bis 1994: Die Arbeit eines alternativen Regierungsrates Farbtupfer im Regierungsrat	Seite 13
Netzwerk umverkehr Den Verkehr halbieren!	Seite 17
Zuger Stadtplanung Kurz vor dem Endspurt	Seite 18
Lüssihaus Der böse Geist im Guthirt	Seite 20
Städtisches Parkplatzbewirtschaftungskonzept Zwei Schritte vorwärts, einer zurück	Seite 22
Jugend-WG und Notschlafstelle Betrachtungen eines «Unpolitischen»	Seite 24
Reise nach Pakrac Grenzen überwinden	Seite 26
Kantonsrat «Normale Männer» ald Täter	Seite 28
Frontal	Seite 30
Grosser Gemeinderat Wahlen stehen vor der Tür	Seite 31
Städeratskandidatur Warum zwei getrennte Listen?	Seite 33
Jo Lang vor Divisionsgericht «Muss hart bestraft werden»	Seite 35

Impressum

SGA-Bulletin Nr. 2/94, Juni 1994; erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin
Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 829, 6301 Zug; Telefon: 21 84 93
Redaktion: Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss
Belichtung und Druck: Victor Hotz AG, Steinhausen
Auflage: 1400
Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-
Redaktionsschluss Nr. 3/94: Montag 19. September; Erscheinungsdatum: Montag 3. Okt. 1994.

Neulich beim Unterschriftensammeln

Ein junger Mann kam an unseren Amnesty-Stand. Nachdem ich begonnen hatte, ihm zu erklären, worum's ging, sagte er, sie hätten da auch einen Stand drüben, aber sie würden versuchen, den Menschen zu Gott zu bekehren, denn nur dann könne ein Mensch gut sein. Es begann eine längere Diskussion, in der ich ihm meinen Standpunkt klarzumachen versuchte, dass ein engagierter Christ nämlich seine politische Verantwortung nicht leugnen könne. Das Gespräch endete eher frustrierend, und er ging weg, ohne sich zu einer Unterschrift weder unter unsere Petitionen zu Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien, noch unter das Referendum gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht durchgerungen zu haben.

Es fällt offensichtlich vielen Menschen sehr schwer, die Gebote der Besitzstandswahrung nicht über alle anderen zu stellen. Und die Angst um Besitz und AHV wird permanent geschürt, weil sich mit dieser Angst recht bequem Politik machen lässt (vor allem rechtspopulistische). Genauso mit dem ebenfalls stark von rechts besetzten Thema «Innere Sicherheit», wo den BürgerInnen suggeriert wird, dass je mehr AusländerInnen im Lande seien, umso mehr Kriminalität und Arbeitslosigkeit herrsche. Dabei zeigt eine jetzt veröffentlichte, umfassende Studie des Bundesamtes für Statistik, dass der hohe AusländerInnenanteil in den Gefängnissen auf besondere Altersstruktur, illegale und Kriminaltouristen zurückzuführen ist und die in der Schweiz lebende ausländi-



sche Wohnbevölkerung keinesfalls häufiger straffällig wird als die schweizerische. Aber es scheint unendlich schwierig zu sein, diese Faktenlage vielen BürgerInnen nahe zu bringen, da es doch so einfach ist, die ganze Schuld an der vermeintlichen Misere den Anderen, Fremden in die Schuhe zu schieben. Einfache Lösungen sind gefragt, nicht die komplizierten Zusammenhänge unserer hoch technologisierten, vernetzten Welt. Sündenböcke werden gebraucht; nicht das Nachdenken über eigene Unzulänglichkeiten, sondern das Beibehalten der bequemen Selbstgerechtigkeit ist genehm – und nicht die aktive Solidarität.

Es ist dringend erforderlich, dass hier von Seiten der Regierung die Bevölkerung aufgerüttelt wird, dass Dinge beim Namen genannt und Notwendigkeiten klargemacht werden. Sonst wird der Grabenzwischen Regierung und Volk, der sich nach diesem Abstimmungswochenende wieder gezeigt hat,

immer breiter. Dann wird es auch weiterhin solche Ablehnungen von Regierungsvorlagen geben, deren Annahme, wie im Falle der erleichterten Einbürgerung junger AusländerInnen, doch eigentlich nichts als eine Selbstverständlichkeit hätte sein sollen.

Die Angst vor dem Verlust der nationalen Identität nimmt groteske Formen an – dies nicht nur in der Schweiz. Nur kommt in diesem Falle noch die zusätzliche Abschottung den europäischen Ländern gegenüber hinzu, die jetzt durch eine Ablehnung des UNO-Blauhelmkontingentes weiter zementiert wurde. Dies ergibt eine Festung innerhalb der «Festung Europa».

Beat Leuthard schreibt in seinem kürzlich erschienen Buch mit ebendiesem Titel – nach einer Analyse der vorhandenen Informationen über die Asylpraxis Europas – «Es ergibt sich eine führende Rolle der Schweiz in wesentlichen Bereichen des Aufbaus der Asyl-Festung Europa. Obwohl sie der EG/EU nicht angehört, nimmt sie seit Beginn der achtziger Jahre eine Vordenker- und Vorreiterrolle ein.»

Wir müssen alles tun, um diese Festung wenigstens etwas zu öffnen, in einer total vernetzten Welt wenigstens etwas Verständnis für die «Anderen» zu entwickeln und zu wecken und die Idee der Solidarität nicht sterben zu lassen. Wir müssen uns wehren gegen Verschärfungen im Asylrecht und weiterkämpfen für minimale Mitspracherechte der ausländischen MitbürgerInnen!

■ Susanne Mayer,
SGA-Sekretärin

«Eine linksgrüne Liberale»

Untenstehend veröffentlichen wir das Referat, mit dem Josef Lang an der Pressekonferenz der alternativen Gruppierungen vom 17. Mai Doris Angst vorstellte.

Josef Lang

Beginnen möchte ich meine persönlich-politische Vorstellung von Doris Angst mit einer kleinen Anekdote. Vor einer Woche sah sich ein Mini-Bus, in dem ausser dem sich in China aufhaltenden Volkswirtschaftsdirektor alle Regierungsräte sassen, an der Grabenstrasse in einer Auto-Kolonne blockiert.

Das ermöglichte dem Justiz- und Polizeidirektor eine Fussgängerin zu begrüssen, worauf diese den Gruss zurückgab. Als der Direktor des Innern die freundliche Passantin erkannte, stellte er sie seinen Mitfahrern mit lobenden Worten vor, wobei er deren Rolle bei einer kürzlichen Veranstaltung im Lenzburger Stapferhaus besonders erwähnte. Der fragliche Regierungs- und Ständerat wusste nicht, dass es sich bei der Frau um eine potentielle Ständeratin handelte.

Vertreterin einer multikulturellen und weltoffenen Schweiz

Wäre der Kanton Zug durch das angesprochene Duo, den bürgerlichen Liberalen Andreas Iten, dessen Wiederwahl sicher ist, und der linksgrünen Liberalen Doris Angst, nicht ganz gut vertreten?

Doris Angst verkörpert mit ihrer Geschichte und ihrem Engagement eine weltoffene, multikulturelle Schweiz, zwei der wichtigsten Qualitäten der Alternativbewegung. Der Historikerin und ehemaligen Assi-



Doris Angst

stantin von Prof. R. von Albertini ist nicht nur die Weltoffenheit der Schweiz ein Anliegen, sondern auch die Zukunft des Föderalismus und der direkten Demokratie in unserem Lande. Die von ihr 1991 gemachte Ausstellung «Auge in Auge mit der Schweiz», die weltweit gezeigt wurde, war dem helvetischen Föderalismus gewidmet.

Bekanntlich gilt der Ständerat als Hüter des Föderalismus. Doris Angst organisiert regelmässig Tagungen im Stapferhaus auf Schloss Lenzburg. Die im Mini-Bus erwähnte fand am 28. April im Rahmen der Anne-Frank-Ausstellung zum The-

ma «Antirassismus-Konvention: Alibi-Übung oder humanitäre Verpflichtung» statt. Doris Angst gehört zu den VorkämpferInnen der Antirassismus-Konvention, die am 25. September zur Abstimmung gelangt. Sie ist Mitglied der von Andreas Iten geleiteten Kantonalen Arbeitsgruppe zu Massnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Weiter ist sie aktiv in der Bewegung für eine offene und demokratische Schweiz (Bods). Als Inhaberin des Büros Insight führt sie gemeinsam mit Erziehungsdirektionen und Polizeibehörden Kurse zu Themen wie «Spannungsfeld Migration» durch.

Chambre de reflexion

Abschliessen möchte ich mit dem Hinweis, dass zu den Steckepferden von Doris Angst die Kulturpolitik und die politische Kultur gehören. Damit ist sie für den Ständerat, die Chambre de reflexion, hervorragend geeignet. Aufgrund ihrer vielfältigen Kurs- und Vortrags-Tätigkeiten und ihrer Mitarbeit bei Pro Helvetia, bei der Caritas, im Stiftungsrat «Burg» und verschiedenen Vereinen ist Doris Angst nicht nur in alternativen und sozialdemokratischen, sondern auch in bürgerlich-liberalen und kirchlichen Kreisen angesehen.

Wir glauben, mit ihr einen zweiten Wahlgang erzwingen und dann eine völlig offene Ausgangslage schaffen zu können. □

«Warum und wozu ich für den Regierungsrat kandidiere»

An der Mitgliederversammlung vom 16. Februar nominierte die SGA neben dem gegenwärtigen Regierungsrat, Hanspeter Uster, neu die Kantonsrätin Sybilla Schmid aus Baar als Kandidatin für die Regierungsratswahlen im kommenden Herbst. Hier ihre Antrittsrede.

Sybilla Schmid

Ich stelle mich zur Wahl, weil ich denjenigen, die Hanspeter Uster gut finden, die Möglichkeit geben möchte, eine weitere gute SGA-Kandidatur zu unterstützen, die im selben Sinn und Geist Regierungspolitik machen will. Sowohl eine Auswahl als auch eine personelle Verstärkung im Regierungsrat sind somit grundsätzlich möglich. Meine Kandidatur soll aber auch dazu beitragen, anderen Frauen Mut zu machen, es ebenso zu wagen. Ausserdem sind die Wahlen ein gutes Kommunikationstraining für mich und ein Test im Hinblick auf die Nationalratswahlen.

Grundlegende Werte

Meine wichtigste Zielsetzung für das Amt als Regierungsrätin ist denkbar einfach: Ich möchte Werten, die momentan nicht hoch im Kurs stehen, mehr Geltung verschaffen, sie ins Bewusstsein unserer Gesellschaft zurückrufen. Ich meine grundlegende Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität, verantwortungsvoller Umgang mit sich selber, mit der Erde und allem Lebendigen.

Ich kann eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, einer kleinen besitzenden Minderheit noch mehr Macht und Geld zuzugestehen, nicht unterstützen; unabhängig davon, auf welcher Ebene das versucht wird – weder weltweit, landesweit, noch kantonsweit. Das heisst unter anderem,



So oder so: ich bleib', die ich bin.

■ Bilder Brigitte Landolt

dass in meiner Vorstellung Kriege, Unterdrückung, Ausbeutung und Umweltzerstörung nicht Geschehnisse sind, die sich anderswo ereig-

nen, ohne dass wir sie beeinflussen könnten. Nein, sie beginnen auch hier bei uns, und wir sind aufgerufen, etwas zu tun, zugunsten von Ge-

rechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Erde.

Bezogen auf die Schweiz kann das zum Beispiel heissen, dass wer trotz oder sogar wegen der Krise satte Gewinne erzielt, – während andere gleichzeitig ihre Erwerbsarbeit und somit ihre Existenzgrundlage verlieren –, dazu verpflichtet ist, selber soziale Verantwortung zu übernehmen, und diese Verantwortung nicht, wie es leider häufig passiert, auf den Staat abschieben darf.

Das könnte bezogen auf den Kanton Zug zum Beispiel heissen, dass eine Landis & Gyr die von ihr entlassenen Menschen nicht einfach ihrem Schicksal und der Arbeitslosenkasse überlassen darf. Das ist nur ein Beispiel; alle anderen ArbeitgeberInnen, die Entlassungen vornehmen, sind mitgemeint.

Ich bin keine Anhängerin der momentan hoch im Kurs stehenden Sparpolitik. Schauen wir doch einmal genauer hin, wo gespart werden soll! Gespart wird auf Kosten der Ärmern und Schwächeren, auf Kosten der Umwelt, der Gesundheit, der Bildung und der Kultur. Sparmassnahmen in diesen Bereichen bringen viel Leid für die Betroffenen mit sich. Langfristig wird nicht wirklich gespart. Sparmassnahmen können gesellschaftlich hohe Folgekosten haben. Meiner Ansicht nach lohnt es sich – kurz- und langfristig betrachtet –, in Menschen und in die Umwelt zu investieren.

Kein Rollback bei der Gleichstellung von Mann und Frau

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist noch lange nicht Realität. Bei der Überbürdung gleicher, das heisst zusätzlicher Pflichten auf die Frauen wird das forschere Tempo angeschlagen als bei der Gewährung zusätzlicher Rechte. Besonders heute, in einem Klima der Krise und des Sparens, droht auch



Am Tag der Nichtwahl von Christiane Brunner: Humor ist, wenn frau trotzdem lacht.

dem bisher in der Praxis Erreichten ein Rollback.

Die Gleichstellungspolitik ist in einer Sackgasse gelandet. Zu häufig wird Gleichstellung mit der einseitigen Anpassung des Frauenstatus an den Männerstatus verwechselt. Das ist aber keine Gleichstellung, sondern Anpassung. Das, was Frauen schon immer geleistet haben, wird dabei ausser Acht gelassen und nicht neu auf Männer und Frauen verteilt. Es fehlt eine neue Definition der Frauen- und der Männerrollen. Wann dürfen wir endlich gleichberechtigte Menschen sein?

Kritik am Regierungsrat

Um zu zeigen, dass ein zweiter Regierungsratssitz in der Zuger Regierung nötig ist, darf ich auch nicht mit Kritik an der bisherigen Regierung sparen.

Der Regierungsrat ist leider immer noch dem Machbarkeitswahn und der Wachstumseuphorie verfallen. Das gescheiterte Projekt einer Kehrriechverbrennungsanlage im Fänn, das Festhalten an der Ost-

West-Umfahrung und an der Eröffnung des Autobahnstummels Richtung Knonauer Amt legen dafür Zeugnis ab.

Der Regierungsrat hat die Tendenz, denen, die bereits viel haben, noch mehr zu geben, manchmal direkt auf die Kosten derer, die wenig oder gar nichts haben. Neueste Beispiele dafür sind die Revisionen des Steuergesetzes und des Kantonalbankgesetzes.

Der Regierungsrat weigert sich, in bezug auf die Gleichstellung von Mann und Frau dazuzulernen. Das neue Personalgesetz wird den Staatsangestellten keine Gleichberechtigung bringen – und die Art und Weise, wie einzelne Direktionen mit dem Büro für Gleichstellung kommunizieren, ist manchmal haarsträubend.

Eine SGA-Regierungsrätin und wenn möglich eine SP-Regierungsrätin würden in diesem ehrwürdigen Siebnergremium sicher Wirkung zeigen. Mit vier von sieben Sitzen – zusammen mit Hanspeter Uster und Urs Birchler – hätten wir sogar die Mehrheit. Sie haben die Wahl! □

«Oppositionspartei mit Regierungsbeteiligung»

Wir erinnern uns: 1990 gelang Hanspeter Uster auf einer gemeinsamen Liste mit SP, Frischer Brise und Gleis 3 der Einzug in die Regierung; im Kantonsrat konnte die SGA ihre Sitzzahl verdoppeln. Ein Wahlerfolg, der uns verpflichtete. Konnten wir die Erwartungen erfüllen?

Reto Hunziker

Nach dem Wahlerfolg waren wir zuerst mit internen organisatorischen Problemen beschäftigt: Völlige Überarbeitung der Statuten, Gründung der SGA Stadt Zug, Schaffung einer Sekretariatsstelle. Im Frühling 1991 kam es zudem zu einer «Wachablösung» im kantonalen Vorstand (seither hat Josef Lang das Präsidium inne). Die politische Arbeit kam in dieser Phase zu kurz; wir setzten den Schwung, den die Wahlen gebracht hatten, schlecht um.

In diese Zeit fiel auch die Gründung der alternativen Fraktion im Kantonsrat – ein Schritt, der sich als sehr wichtig für die weitere Zusammenarbeit der alternativen Kräfte erwies.

Die Rolle von Hanspeter Uster

Hanspeter Uster gelang es, neue Akzente im Regierungsrat zu setzen – nicht nur inhaltlich, sondern auch in Sachen Transparenz, BürgerInnennähe und Kommunikationsfähigkeit. Wichtig für Hanspeter Usters Arbeit waren aber auch all die Auftritte und Stellungnahmen ausserhalb der eigentlichen Regierungstätigkeit. Gerade für einen alternativen Regierungsrat sind Betätigungsfelder ausserhalb der täglichen Regierungsgeschäfte von grosser Bedeutung – für ihn persönlich

und für die Partei.

Die Situation, mit einem Mitglied in der Regierung vertreten zu sein, kam für die meisten SGA-Mitglieder ziemlich unerwartet. Doch dem kantonalen Vorstand gelang es gut, sich auf diese ungewohnte Situation als Oppositionspartei mit Regierungsbeteiligung einzustellen. Wichtig war, dass wir trotz der Regierungs-



beteiligung uns selbst treu blieben und nicht aus opportunistischen Gründen mit Kritik an der Politik der Regierung zurückhielten, um Hanspeter Uster das Leben zu erleichtern.

Wir mussten aber auch zur Kenntnis nehmen, dass der Spielraum von Hanspeter Uster in wichtigen Belangen oft sehr eng ist, beispielsweise in der Asylpolitik.

Die Rolle der alternativen Fraktion

Während die Wahlerfolge in der Stadt Zug teilweise zu neuen Mehrheiten im Grossen Gemeinderat führten, war die Ausgangslage im Kantonsrat bedeutend schwieriger: Zu erdrückend war die bürgerliche

Übermacht. Die alternative Fraktion musste sich deshalb grösstenteils darauf beschränken, das Parlament als Tribüne zu benutzen. Erfolgreiche Vorstösse waren selten – aber immerhin, es gab sie! Erfolgreich war die alternative Fraktion vor allem dann, wenn es gelang, Sachgeschäfte, die im Parlament diskutiert wurden, zu einem öffentlichen Thema zu machen. Ohne das Engagement der alternativen Fraktion gegen die KVA Fänn während der parlamentarischen Beratung wäre die Ergreifung des Referendums wahrscheinlich schlicht «verschlafen» worden; ohne die Vorstösse zum Thema Arbeitslosigkeit

von alternativer und SP-Seite gäbe es kaum ein fortschrittliches Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Natürlich gibt es auch Themen, bei denen die alternative Fraktion – und die alternativen Organisationen insgesamt – etwas konzeptlos wirken, beispielsweise in der Spitalplanung.

Kantonal: Fehlende Kontinuität

Die kantonale SGA – das heisst insbesondere der Vorstand – bekundete gewisse Mühe, auf kantonaler Ebene Themen «anzureissen». Während beispielsweise in der Periode 1986 bis 1990 doch einige kantonale Referenden ergriffen wurden (u.a. Referendum gegen Steuerfuss-

«Akzeptanz musste hart erarbeitet werden»

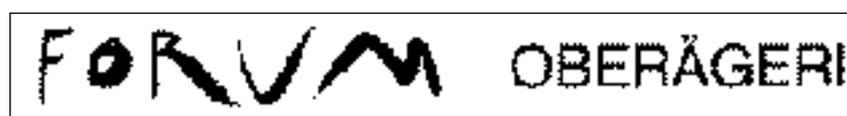
senkung), haben wir zwischen 1990 und 1993 nur für ein einziges Referendum Unterschriften gesammelt (gegen die KVA Fänn). Die Erhöhung der Unterschriftenzahl spielt sicherlich eine Rolle, ebenso die stärkere Belastung vieler aktiver Mitglieder. Doch ein wichtiger Grund war (und ist) auch, dass wir vom Vorstand aus zuwenig klare Ziele formulierten und zuwenig klare Prioritäten setzten. Ein anderes Beispiel ist die Diskussion zur Lancierung einer kantonalen Volkssinitiative, die sich über zwei Jahre hinzog – nicht nur zum Nachteil, wie ehrlicherweise hinzugefügt werden muss. Immerhin hat es jetzt, kurz vor den Wahlen, doch noch geklappt (siehe Initiativbogen Congé-Vente)...

National: Viel Engagement

Obwohl wir eine Kantonalpartei sind und die Absicht, auf nationaler Ebene ein Bündnis der alternativen Kräfte – notabene mit starkem SGA-Engagement – aufzubauen, bei den Nationalratswahlen 1991 endgültig Schiffbruch erlitt, haben wir uns auch 1990 bis 1994 immer stark mit nationalen und internationalen Themen beschäftigt: Golfkrieg, IWF, EWR, NEAT, F/A-18, Frauenstreik, Ex-Jugoslawien, Alpen-Initiative, um nur die wichtigsten zu nennen. SGA-Mitglieder und Mitglieder der alternativen Organisationen leisteten oft einen grossen Einsatz bei nationalen Abstimmungs- und Unterschriftensammelkampagnen.

Ein wichtiges Bein der SGA-Politik sind aber auch all die Veranstaltungen, Diskussionszyklen (EWR, Bildungswerkstatt 1993), das «Zuger Symposium» (1991 und 1993) – Anlässe, die nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich äusserst wichtig sind. Keine Partei im Kanton Zug kann in dieser Beziehung soviel bieten wie die SGA!

Mit der ersten Mitgliederversammlung mit 50 interessierten Personen startete das Forum fast euphorisch. Die grosse TeilnehmerInnenzahl überraschte, zeigte aber auch, welche Erwartungen und Hoffnungen in diese neue Gruppierung gesetzt wurden. Die wichtigsten Grundsätze des Forums – Sachorientiertheit, Unabhängigkeit und konstruktive Politik – haben viele BürgerInnen angesprochen.



Brigitte Graf

Die Schwerpunkte unserer Politik liegen in den Bereichen Familie, Jugend, Wohnen, Ortsplanung, Energie, Umwelt und Kultur. Die wichtigsten Gremien sind die Mitgliederversammlung und das Präsidium. Das Forum ist heute in den meisten Kommissionen vertreten.

Nach zwei Vereinsjahren wurde das Präsidium auf drei Mitglieder aufgestockt. Leute zu finden, die bereit sind, Verantwortung und Arbeit zu übernehmen, wird immer schwieriger. Der anfänglich grosse Arbeitsinsatz und die notwendige Initiative finden sich nur noch in einer kleinen Gruppe. Die Idee eigenverantwortlicher, aktiver Ressorts schlug fehl, und die Ressorts lösten sich auf. Sie wurden durch ad hoc-Arbeitsgruppen ersetzt. Stimmen nach

mehr Profilierung, Parolenbekanntgabe und Unterstützung anderer Alternativparteien wurden immer wieder laut.

Andere wollten jedoch gerade davon nichts wissen. Mit einer Grundsatzdiskussion über Inhalt und Ziele, Stärken und Schwächen vom Forum fanden wir wieder einen gemeinsamen Nenner: Das Forum will sich weiterhin durch das Wahrnehmen von Verantwortung und aktiver Mitarbeit profilieren. Linie, Profil und Grundsatz unserer Politik werden durch unsere Arbeit und Vorstösse ersichtlich. Die Öffentlichkeit erfährt von unseren Zielsetzungen auch durch Versammlungen, durch die «Lupe» und durch persönliche Haltung. Das Forum ist vielschichtig und deckt ein breites Meinungsspektrum ab.

Die Akzeptanz in Oberägeri musste vom Forum hart erarbeitet

Vorstösse an Gemeindeversammlungen

angenommen	abgelehnt
<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung einer Sozialstelle - Gründung einer Jugendkommission 	<ul style="list-style-type: none"> - Motion Gesamtplanung - Projektierungskredit Löwenüberbauung
<ul style="list-style-type: none"> - Projektwettbewerb Ortsschulhäuser 	<ul style="list-style-type: none"> - Nachtragskredit für die Zonenplanung
<ul style="list-style-type: none"> - Ergänzendes Reglement Wohnbauförderung - Nichteintreten Einmündung Lohmatt 	

Einiges gemacht, aber noch einiges zu tun

werden. Dank einiger gelungener Vorstösse und der guten Arbeit und Integration unserer beiden Gemeinderäte Irène Bilang und Werner Odermatt wird das Forum heute akzeptiert und ernst genommen. Doch das war nicht immer so. Dadurch, dass wir an den Gemeindeversammlungen mit verschiedenen Vorstößen (Interpellation Bauvorhaben am See in Morgarten, Schaffung einer Sozialstelle...) präsent waren, hat die BesucherInnenzahl an den Gemeindeversammlungen stetig zugenommen. Enttäuscht wurden wir jedoch bei der eindeutigen Ablehnung unserer Motion für eine Gesamtplanung. Einmal mehr mussten wir erfahren, dass wir als Opposition gegen zwei starke Parteien antreten. Oberägeri braucht Zeit, um unsere Anliegen sachlich anzugehen! Wir hofften, durch sporadisch angesetzte Präsidentengespräche zwischen der FDP, der CVP und dem Forum den Dialog mit den andern Parteien zu fördern. Doch nach drei solchen Zusammenkünften versandete die Idee sang- und klanglos.

Mit unserer Parteizeitung «Lupe» beliefern wir jeden Haushalt der Gemeinde. Sie ist ein geeignetes Mittel, um präsent zu bleiben und wichtige Themen unter das Volk zu bringen. Die Schaffung der Sozialstelle und die Gründung einer Jugendkommission können wir sicher als Erfolg betrachten. Ebenso aber auch die Tatsache, dass in Kommissionen und Arbeitsgruppen wieder unterschiedliche Ansichten und Meinungen vertreten sind. Die Leute haben wieder gelernt, Vorlagen und Sachgeschäfte von verschiedenen Seiten zu betrachten und auch andere Meinungen bei Entscheidungen miteinzubeziehen.

Wir sind der Meinung, dass es sich lohnt, trotz rauhem Klima sachliche politische Arbeit zu leisten. Die politische Kultur hat sich in Oberägeri sicher verbessert. □

1991 hatten wir einen guten Start: Zwei neue Mitglieder im Kantonsrat aus Baar - Sybilla Schmid und Urs Kern - erhöhten das Gewicht der SGA in der Baarer Politik. Mit einer Interpellation zur Situation in der Spinnerei Baar hat Sybilla Schmid denn auch früh auf kantonaler Ebene einen Baarer Pflock eingeschlagen.

Hanspeter Uster

Sehr wichtig war dann die Abstimmung über den Bebauungsplan Gotthard. Innert Kürze waren über 700 Unterschriften gesammelt. Ein Novum für Baar, gab es doch bis anhin noch nie eine Urnenabstimmung, gestützt auf eine erfolgreiche Unterschriftensammlung. Im intensiv geführten Abstimmungskampf gelang es uns, die wichtige Frage des Wohnanteils ins Zentrum zu rücken. Leider ging die Abstimmung ganz knapp verloren – ein Erfolg war es dennoch: Denn im Bauprojekt ist der Wohnanteil höher als noch im Bebauungsplan, was sicher auch auf unsere Opposition zurückzuführen ist.

Weniger Erfolg hatten wir mit der Urnenabstimmung über den Steuerfuss. Es gelang uns nicht, an den Erfolg des kantonalen Steuerreferendums anzuknüpfen; das Abstimmungsergebnis war enttäuschend. Offenbar hat die verschlechterte wirtschaftliche Situation viele dazu gebracht, wegen einiger Franken die Steuersenkung zu akzeptieren. Auf gutem Weg war die von Urs Kern im Dezember 1991 eingereichte Motion für Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Schutzengelquartier. Die gemeindliche Kommission bereitete das Geschäft sorgfältig vor, und auch der Kanton befürwortete das Konzept. Obwohl die CVP- und FDP-Partei-

präsidenten ebenfalls in der Kommission waren, wurde der Kredit an der Gemeindeversammlung abgelehnt – und damit ein sinnvolles Verkehrsberuhigungsprojekt wohl aus parteipolitischen Gründen gebodigt. Schade für das Schutzengelquartier.

Ebenfalls keinen Erfolg hatte Sybilla Schmid mit ihrer Interpellation betreffs Erwerb von Wohnungen in Inwil, die sie einreichte, nachdem bekannt geworden war, dass in Inwil Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollten. Trotz gutem und grossem Echo in der Presse war die Antwort des Gemeinderates negativ. In Erscheinung getreten ist die SGA Baar aus-

serdem im Rahmen der Abstimmungskampagne zum IWF-Beitritt und am Frauenstreik vom 14. Juni 1991. Zudem ist die SGA in der Schulkommission vertreten.

Fazit: Die Baarer SGA hat in den letzten vier Jahren einige Schwerpunkte setzen können. Der SGA-Stamm ist aber wieder eingeschlafen, und sicherlich ist mehr Präsenz nötig und auch möglich, z.B. mit Leserbriefen und Pressemitteilungen im Baarer Lokalblatt «Zugerbieter». Auf jeden Fall sollten zu den gemeindlichen Abstimmungen immer SGA-Stellungnahmen erscheinen. Mit der SP haben wir gut zusammengearbeitet, obwohl auch hier insbesondere im inhaltlichen, konkret lokalpolitischen Bereich noch einiges mehr möglich wäre. □



Hoch motiviert für die kommenden Wahlen

Mit grossem Staunen erlebten wir den Schrecken, den unser Wahlerfolg 1990 bei den etablierten Parteien auslöste. Angetreten, um Wahlen mit einer echten Auswahl zu ermöglichen, gewann das Kritische Forum Cham (KriFo) auf Anhieb einen Sitz in der Exekutive der Gemeinde. Lange Gesichter gab es auf Seiten der SP, die unsertwegen ihren Sitz verlor, aber auch bei den bürgerlichen Parteien, die mitansehen mussten, wie eine Gruppe unbekannter Leute ein erhebliches Protestpotential auf ihrer Liste vereinigte.

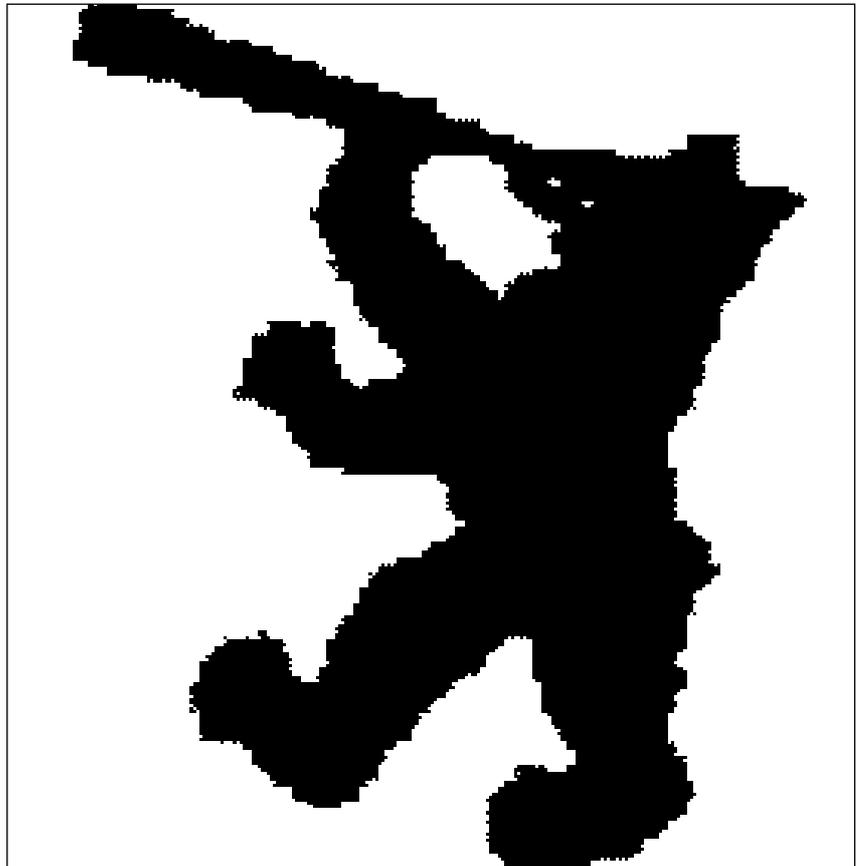
Charles Meyer

Unsicher und mit Feindbildern, Ängsten und Misstrauen behaftet, begann denn auch die Zusammenarbeit im Gemeinderat mit unserer Vertreterin Jitka Röthlisberger.

Dem Druck standgehalten

Jitka musste sich den Schlüssel zu ihrer Sozialabteilung und die Einsicht in alte Protokolle regelrecht erkämpfen. Öffentlichen Streit gab es bei der Wahl des neuen Prorektors für die Chamer Schulen, als Jitka das Verfahren kritisierte. Der Gemeinderat reagierte mit einer Strafanzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung, wobei das Verfahren dann wegen unhaltbaren Behauptungen eingestellt und am Ende das Wahlprozedere im Sinne Jitkas geändert wurde. So war die Vertreterin des Kritischen Forums einem steten psychischen Druck ausgesetzt (sie darf noch heute nicht mal zum traditionellen Bier nach der Gemeinderatssitzung mit). Es ist ein Glück, dass Jitka nicht entnervt das Handtuch warf, sondern hartnäckig auf ihrem Recht beharrte und gleichzeitig immer auf eine Beruhigung der Situation hinarbeitete. In den folgenden Jahren kam sie endlich dazu, in ihrem Ressort neue Dinge anzupacken.

Heute, in ihrem vierten Amtsjahr, ist Jitka Röthlisberger als engagierte und sachkundige Ressortleiterin bekannt und hat in verschiedenen Bereichen wie Arbeitslosenpoli-



tik, Spitex, preisgünstiger Wohnungsbau, Jugenddisco, familienergänzende Kinderbetreuung und vor allem in der Sozialabteilung allseits anerkannte Pionierleistungen erbracht. Das Team der Sozialabteilung ist heute hochmotiviert und äusserst effizient.

Unterdessen konzentrierte sich die Partei vor allem darauf, Sachthemen in die Diskussion einzubringen und sich nicht auf das Niveau von

Anfeindung und Kräfteverschleiss durch Verbalattacken einzulassen. Grösster Erfolg der Partei ist bis heute die dreimal jährlich auf die Gemeindeversammlung hin erscheinende Zeitung «Chamoptikum», die auf acht bis zwölf Seiten (ohne Inserate) zu den jeweils anstehenden Themen, aber auch zu schwelenden Problemen in der Gemeinde Artikel veröffentlicht und in jeden Haushalt bringt. In der Zwischenzeit hat auch

Seriöser, besser, aber immer noch frech

die CVP ein eigenes Blatt lanciert (mit Inseraten).

Erfolge konnte die Partei verbuchen, als die Papierfabrik Cham auf den Energieträger Flüssiggas verzichtete (KriFo als einzige Partei dagegen), als die Badi Hirsgarten – vom Gemeinderat und allen andern Parteien zum Tod verurteilt – an einer turbulenten Gemeindeversammlung gerettet werden konnte oder als die KVA Fänn vom Stimmvolk abgelehnt wurde. Das KriFo war die einzige Partei in Cham, die Unterschriften für das Referendum sammelte – und in der Abstimmung mehr als die Hälfte der Bevölkerung hinter sich hatte.

Wichtige Impulse ausgelöst

Differenzierter muss man die Erfolge anschauen, die auf den ersten Blick als Misserfolge gewertet wurden. So wurde die «Motion Armut» von der Gemeindeversammlung zwar für nicht erheblich erklärt, doch sie ebnete den Weg für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Cham und eröffnete die Möglichkeit für Jitka Röthlisberger, schnell und wirksam Massnahmen einzuleiten. Ähnlich lief es mit der SP-KriFo-Motion «Preisgünstiger Wohnungsbau», die vorsah, in Rumentikon 30 preisgünstige Wohnungen auf gemeindeeigenem Land zu erstellen. Sie wurde nur von einem Drittel der Stimmberechtigten an der Urne unterstützt, hatte aber genügend Druck ausgeübt, sodass die Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft Cham ein Projekt für 50 preisgünstige Wohnungen ausarbeitete.

Diese und weitere kleine und grosse Erfolge haben das ständig wachsende Team des Kritischen Forums hoch motiviert, den kommenden Wahlkampf anzupacken, um Jitka Röthlisberger als «schrotig, aber nötig» wieder in den Gemeinderat zu bringen. □

Die Wahlen von 1990 vergrösserten unsere parlamentarische Vertretung von zwei auf fünf GemeinderätInnen und von einer auf zwei KantonsrätInnen. Das erlaubte uns, die Arbeit auf mehr Köpfe und Zeit (Freizeit) zu verteilen. Der Start in die Periode 90 bis 94 war für uns allerdings erschwert, da die städtische SGA 1990 wie eine informelle Basisgruppe («Stadtgruppe») funktionierte.



SGA der Stadt Zug

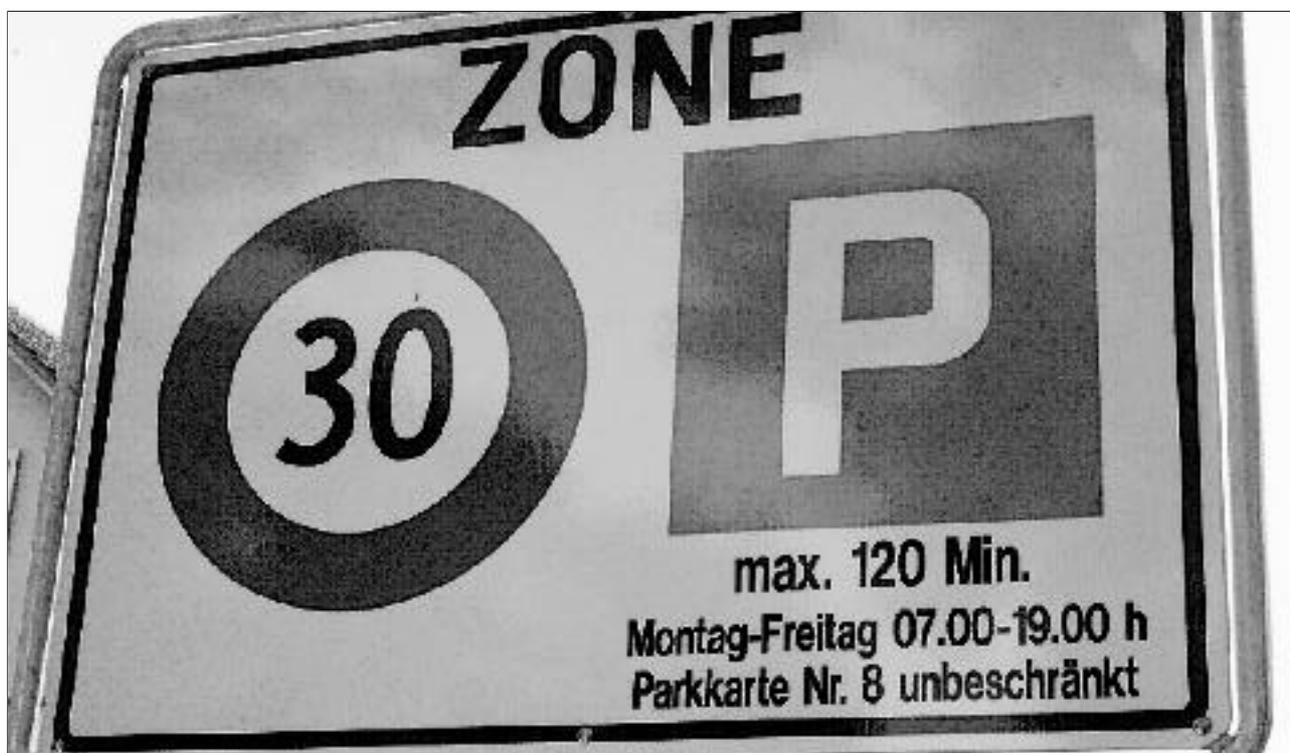
Statt nach den Wahlen sofort wieder mit unserem politischen Punch Einfluss zu nehmen, waren wir zunächst ein halbes Jahr intensiv mit der Neuorganisation bzw. mit der Gründung der eigenständigen «SGA der Stadt Zug» beschäftigt.

Der Vorstand des neuen Vereins «SGA der Stadt Zug» nahm sich einiges vor: Die städtische SGA sollte unabhängig von der kantonalen SGA die kommunalen Politfelder beackern, unsere ParlamentarierInnen sollten von einigen Arbeiten entlastet werden (Finanzen, Organisation von Unterschriftensammlungen, Herausgabe von Flugblättern, Stellungnahmen für die Partei etc.) – und wir wollten die Mitgliederzahl vergrössern. Das Letztere hat bis heute nicht recht geklappt, weil wir offenbar noch immer als «verschworener, hart arbeitender Kuchen» mit einzelnen herausragenden Politike-

rInnen gelten. Immerhin änderten wir 1993 die Statuten, so dass an den Versammlungen jetzt auch sympathisierende Nichtmitglieder Stimmrecht haben. An der GV 1994 waren die Hälfte der BesucherInnen Gäste, und wir hoffen, dass einige von ihnen noch dieses Jahr Mitglied werden.

Klimawechsel

Inhaltlich hat die städtische SGA seit 1990 weitere Fortschritte gemacht. Unsere Erfahrungen reichen von Wohnungsfragen bis zu Schulproblemen und traditionell gewerkschaftlichen Fragestellungen. Einen grossen Dämpfer erhielten wir in der «Frauenfrage», als für unsere zurücktretende Kantonsrätin keine SGA-Frau nachrücken wollte. Wir sind deshalb froh, dass wir Dana Zumr, die kantonale Gleichstellungsbeauftragte, als überzeugende parteilose Stadtrats- und Gemeinderatskandidatin gefunden haben, dass Anita Stadler für den GGR kan-



Die BewohnerInnen der Industriestrasse und angrenzender Strassen verdanken die Aufhebung des Metallriegels der SVP.

■ Bild Bulletin

didiert und dass zwei Frauen neu im städtischen Vorstand sind.

Kurz nach den Wahlen 1990 waren die meisten VertreterInnen von FDP und CVP im Gemeinderat kooperativ eingestellt. Wir brachten 1991 eine ganze Anzahl von Vorstössen durch (z.B. Notschlafstelle, Frauenförderung in der Verwaltung), die früher nur schon wegen ihrer Herkunft «aus der falschen Ecke» abgelehnt worden wären. Dieses Klima schlug spätestens Ende 1992 um, als FDP und CVP das in überparteilichem Konsens erarbeitete Reglement für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus gezielt unwirksam machten. Seit Anfang 93 leiden wir unter dem rechten SVP-Wind. So ist z.B. in der Stadt Zug nach dem «Metalli-Riegel» und der Niederlage um die baulichen Massnahmen für Tempo 30 die Lust auf Verkehrsberuhigung deutlich klei-

ner geworden. Wir möchten auch an die Stimmungsmache bei der StadtbeobachterIn, bei Bildungsfragen, in der Drogenproblematik oder beim AusländerInnenstimmrecht in der Kirche erinnern. Der Schatten der SVP ist politisch wirksam, weil die rechten VertreterInnen von CVP und FDP nur zu gerne auf diese ausserparlamentarischen Verbündeten zählen und weil die liberal und sozial eingestellten VertreterInnen von CVP und FDP müde geworden sind. Sicher hat dieser Gegenwind mit der wirtschaftlichen Lage zu tun, die den undifferenzierten Sparpostulaten der Rechten Auftrieb gibt und die Durchsetzung von Umwelthanliegen erschwert. Allerdings konnten wir die Angriffe auf die – nicht zuletzt dank uns – neu geschaffene Stelle des städtischen Umweltbeauftragten abwehren; und mit Hintergrundarbeit konnten wir wirksam zu soli-

darischen Massnahmen zugunsten der Arbeitslosen beitragen.

Unsere Stärken betonen

Die wieder anziehende Wirtschaft wird unsere in der Öffentlichkeit bekannten Stärken begünstigen: Die Umwelt- und Verkehrsprobleme sowie das neben der Arbeitslosigkeit grösste soziale Problem Zugs, die Wohnungsfrage, haben einen starken inneren Zusammenhang und können am besten durch eine rotgrüne Politik gestaltet werden. Auch bei Kultur- und Jugendfragen oder bei der familienergänzenden Kinderbetreuung haben wir seit 1990 in Zug einen grossen Anteil an der «Meinungsführerschaft». Das Fundament dazu, weiter zu wachsen und unsere rotgrüne Themenpalette noch besser abzudecken, ist jedenfalls da. □

Farbtupfer im Regierungsrat

Neben Vorlagen wie Feuerschutz und Gastgewerbe prägten vor allem organisatorische Massnahmen die Arbeit von Regierungsrat Hanspeter Uster sehr stark, insbesondere bei der Polizei und bei der Fremdenpolizei; geändert hat er aber auch das Klima in wesentlichen Bereichen sowie Stil und Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, ob mit oder ohne Schweizer Pass. Politik ist durch ihn glaubwürdiger geworden. Eine Bilanz seiner Arbeit.

Hanspeter Uster

Die Konzepte zur Reorganisation der Kantonspolizei waren erarbeitet; gleich nach dem Amtsantritt 1991 ging es um die Umsetzung in der Regierung und im Kantonsrat. Um- und durchzusetzen waren

- ◆ die Aufstockung des Korps von 160 auf 176 MitarbeiterInnen
- ◆ eine tiefgreifende Reorganisation der gesamten Kantonspolizei per 1. Oktober 1994, damit verbunden
 - die organisatorische Verstärkung der Abteilung Wirtschaftsdelikte
 - die Konzentration der Kriminalpolizei auf das Wesentliche (die Bagatelldelikte werden neu von den Polizeidienststellen oder der Bereitschaftspolizei bearbeitet)
 - die Einführung einer besseren Bereitschaft
 - die Einführung der Schichtzulage für zusätzlich 46 MitarbeiterInnen insbesondere bei der Verkehrs- und Bereitschaftspolizei
 - die Regionalisierung der Polizeidienststellen in den Gemeinden
- ◆ die Einführung der EDV und damit weniger Büroarbeit und mehr Präsenz
- ◆ die Konzentration der Betäubungsmittelbekämpfung weg von den KleinkonsumentInnen hin zum organisierten Verbrechen/ Handel



Gruppenbild mit Hund: «Das Polizeikorps unter dem Bogen der Eisenbrücke an der Aabachstrasse; ca. 1920.»

■ Bilder 175 Jahre Kantonspolizei Zug/75 Jahre Verband der Kantonspolizei Zug

- ◆ die Einführung einer Umweltpolizei mit 5 Stellen
- ◆ mehr und intensivere Verkehrskontrollen (gegen betrunkene LenkerInnen und SchnellfahrerInnen)
- ◆ das Einfrieren des Staatsschutzbeitrages des Bundes und Zusammenarbeit mit dem Bund nur im kriminalpolizeilichen Bereich oder bei dubiosen Firmen
- ◆ die Anordnung von reduzierten Höchstgeschwindigkeiten auf verschiedenen Strassenteilstücken im Kanton

Hinter der ganzen Reorganisation steht, so Polizeikommandant Urs Hürlimann in der Zuger Zeitung vom 8. Juni 1994, die Absicht, «eine

bürgernahe Polizei zu sein mit einer hohen Bereitschaft und Präsenz.» Die Reorganisation der Kantonspolizei trägt also Früchte. Beweis dafür ist die Tatsache, dass das Thema «Innere Sicherheit» von keiner bürgerlichen Partei im Kanton Zug besetzt werden kann.

Fremdenpolizei: Von der Polizei zum Dienstleistungsbetrieb

Durch die Wahl einer neuen Chefin der Fremdenpolizei (sie hat einen neuen Ton und ein rechtlich und menschlich einwandfreies Verfahren in die Fremdenpolizei gebracht und ist eine der ganz wenigen kantonalen Chefbeamtinnen) konnten die



Fahndung 1931.

Anstrengungen in Richtung Dienstleistungsbetrieb verstärkt werden:

- ◆ Jeder Entscheid der Fremdenpolizei ergeht in Verfügungsform und ist anfechtbar; vorgängig wird der/die Betroffene angehört; im Beschwerdeverfahren kann die Praxis geändert werden.
- ◆ Die AusländerInnen werden transparent über ihre Rechte informiert.
- ◆ 1991 wurden 105 Asylfälle geregelt mittels humanitärer Aufenthaltsbewilligung; auch später wurde konsequent um humanitäre Aufenthaltsbewilligungen beim Bund nachgesucht.
- ◆ Eine Intervention an der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz (zusammen mit den Westschweizer Kantonen) brachte bei den humanitären Aufenthaltsbewilligungen eine Lockerung der strengen Praxis des Bundes.
- ◆ Im Kanton Zug wird grundsätzlich allen abgewiesenen Asylsuchenden eine Frist zur freiwilli-

gen Ausreise gewährt.

- ◆ In begründeten Fällen, insbesondere bei abgewiesenen Asylsuchenden aus Kurdistan, stellt der Kanton Zug beim Bund ein Gesuch um vorläufige Aufnahme.
- ◆ Die illegale Praxis des Bundes bei Nichteintretensfällen wurde (gegen anfänglichen Widerstand des Bundes, der dann aber von der Asylrekurskommission zurückgepfiffen wurde) nicht angewandt.
- ◆ Die Asylabteilung wurde personell verstärkt zugunsten eines fairen, menschlichen Verfahrens.

Nicht nur für gleiche Pflichten, sondern auch für gleiche Rechte und Gleichstellung

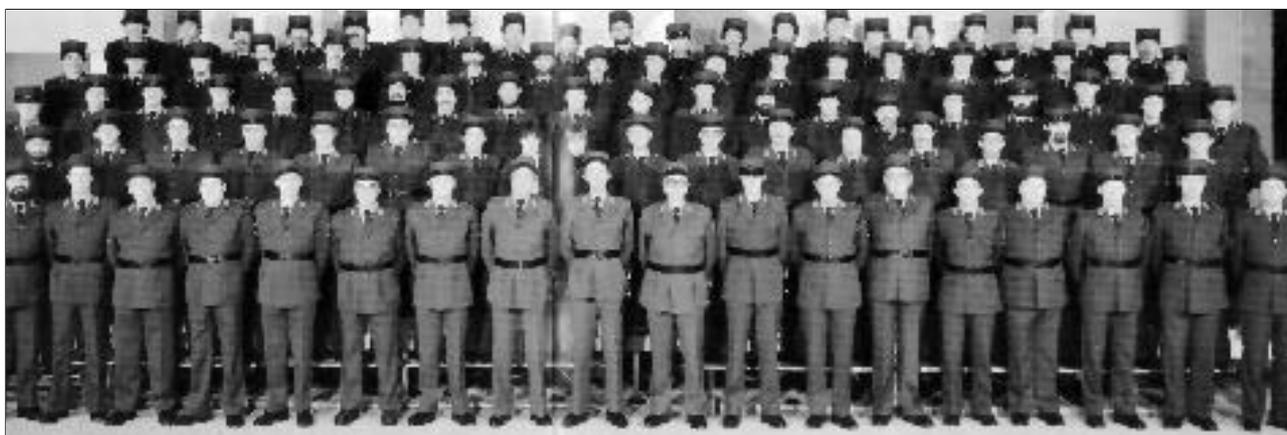
- ◆ Über die Total-Revision des Feuerschutzgesetzes wird der Kan-

tonsrat nach den Sommerferien beraten. Aufgrund der Bundesgerichtspraxis muss die Feuerwehrrpflicht zwar auch für Frauen eingeführt werden. Mit der Haushaltslösung und der Befreiung für all jene, die in einem Haushalt mindestens ein Kind betreuen, gibt es aber Instrumente, die die neue Pflicht für die Frauen abfedern. Auch das Gleichstellungsbüro erachtet den Einbezug der Frauen in die Feuerwehr als Chance, um das traditionelle Rollendenken aufzuweichen. Das Gesetz sieht deshalb vor, dass die Gemeinden verpflichtet sind, auf die Vertretung von Frauen, insbesondere auch in Kaderposition, zu achten.

- ◆ Der Gegenentwurf der Justiz- und Polizeidirektion zur ablehnenden regierungsrätlichen Vornehmlassung zum eidg. Gleich-



Das Polizeikorps 1965.



Das Korps der Kantonspolizei Zug im Jubiläumsjahr.

stellungsgesetz wurde in der Öffentlichkeit bekannt – und die Bundesratsvorlage entspricht ihm mehr als der offiziellen Vernehmlassung.

- ◆ Als erster Kanton hat Zug eine Expertin für die Abnahme von Fahrprüfungen angestellt.
- ◆ Kaderpositionen wurden, wenn immer möglich, mit Frauen besetzt.
- ◆ Der Kanton Zug hat, nach Aussage von Spezialistinnen, im zentralschweizerischen Vergleich das Opferhilfegesetz gut umgesetzt. Die Justiz- und Polizeidirektion ist kantonale Opferhilfestelle und hat die Sexual- und Schwangerschaftsberatung der Frauenzentrale sowie die Drogen-, Alkohol- und Suchtberatung als Beratungsstellen anerkannt. Dies kommt allen Opfern, vor allem aber den hauptbetroffenen Frauen und Kindern, die Opfer von Sexualdelikten sind, zugute.

Deregulierung – ohne Preisgabe von sozialer Sicherheit, Umweltschutz und Gleichstellung

Die Deregulierung muss doppelt ernstgenommen werden: Zum einen im Kampf gegen die unbändige De-

regulierungs-Rhetorik der Bürgerlichen, die soziale Errungenschaften abbauen, die Gewinne privatisieren und die Kosten auf den Staat abwälzen wollen. Deregulierung bedeutet aber auch, dass wirklich nur jene Lebensbereiche vom Staat geregelt werden, wo es um den Schutz wichtiger Rechtsgüter wie Gesundheit, Leib und Leben und soziale Sicherheit oder die Gleichstellung von Frau und Mann geht.

- ◆ Die Revision des Gastgewerbegesetzes (Bedürfnisklausel, Polizeistunde, Fähigkeitsausweis) ist ein Modellfall dafür. Der Entwurf für die Totalrevision des geltenden Gastgewerbe-Rechts liegt vor: Alles Überflüssige wird gestrichen.
- ◆ Der Regierungsrat beantragt die Aufhebung des Kaminfegermonopols bei der Revision des Feuerschutzgesetzes.
- ◆ Deregulierung heisst auch, schwierige Entscheide zu fällen, so im Zusammenhang mit der Beschaffung eines neuen Funks für die Kantonspolizei.

Straf- und Massnahmenvollzug

- ◆ Als einer der ersten Kantone vollzieht Zug Gefängnisstrafen an Dienstverweigerern nicht mehr

bzw. nur noch auf ausdrücklichen Wunsch des Betroffenen; die anderen können das Zivildienstgesetz abwarten.

- ◆ Ersatz von kurzen Haftstrafen durch gemeinnützige Arbeit, z.B. im Spital oder in der Asylarbeit.
- ◆ Festhalten am humanen Strafvollzug durch Resozialisierung und Präsidium der interkantonalen Arbeitsgruppe «Gemeingefährliche Straftäter».

Weitere Gesetzesvorlagen

Neben der Gastgewerbegebung und dem Feuerschutzgesetz wurden die folgenden Vorlagen bearbeitet:

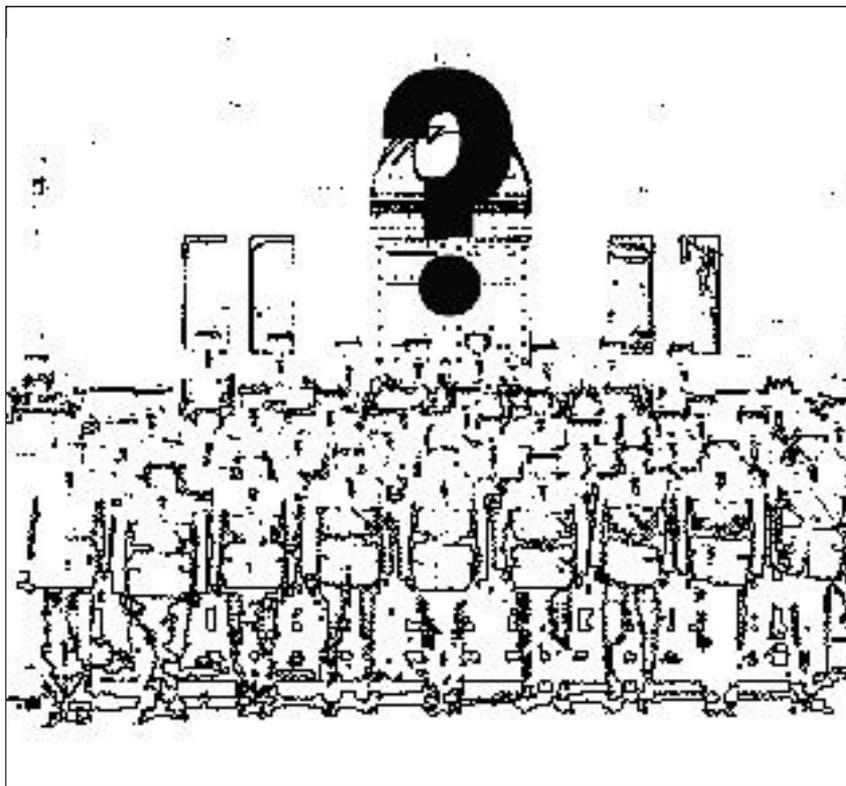
- ◆ Als einer der ersten Kantone trat Zug dem Konkordat über die Rechtshilfe in Strafsachen bei. Dadurch kann die kantonsübergreifende Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und des organisierten Verbrechens verbessert werden.
- ◆ Der Grundbuchgebührentarif privilegiert neu Geschäfte unter Ehegatten.
- ◆ Das Einführungsgesetz zum ZGB wurde in einigen Punkten vereinfacht.
- ◆ Antrag auf Einführung eines sinnvollen Opportunitätsprin-

zips mit der Folge, dass die Polizei sich auf die wirklich gravierenden Fälle konzentrieren kann.

- ◆ Revision des Kantonspolizeigesetzes mit einer Erhöhung der gemeindlichen Beiträge für die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Kantonspolizei.

Eindrücke von aussen und von innen

Nur im Regierungsrat zu sitzen, verengt mit der Zeit den Blick. Deshalb war und ist mir der Kontakt mit dem eigenen Personal sehr wichtig. Ich reiste aber auch nach Kurdistan, um mir ein konkretes Bild über die dortige Lage zu machen. Im Mai und Juni 1993 setzte ich mich auf Podien für die F/A-18- und die Waffenplatzinitiative ein; ebenso in Zug an einem Podium für die Alpeninitiative. Ich arbeite auch weiterhin im SGA-Vorstand mit und koordinierte eine Arbeitsgruppe der alternativen Organisationen und der SP, in der die Lancierung der Congé-Vente-



Und das Polizeikorps im Jahr 2000?

Congé-Vente: Auch im Kanton Zug kein Fremdwort

In der Beilage versenden wir einen Initiativ-Bogen für die Congé-Vente-Initiative. Sie wird getragen von der SGA, der SP, dem MieterInnen-Verband und der Frischen Brise Steinhausen. Die wichtigsten Argumente für die Initiative finden sich auf der Rückseite des Unterschriftenbogens. Mit einem Gesetz soll verhindert werden, dass MieterInnen vor die Alternative gestellt werden, die Wohnung entweder zu einem allenfalls sehr hohen Preis zu kaufen oder ausziehen. Der Gesetzestext ist etwas kompliziert; das hängt damit zusammen, dass die Materie heikel ist und das Bundesgericht schon mehrmals darüber entscheiden musste. Eigentümer in anderen Kantonen hatten

nämlich geltend gemacht, ein solches Gesetz verstosse gegen die Eigentumsgarantie und die Handels- und Gewerbefreiheit. Ähnlich hatte auch der Präsident des Zuger Hauseigentümerverbandes, CVP-Kantonsrat Beat Bussmann, im Kantonsrat argumentiert. Unser Gesetzestext entspricht aber dem Genfer-Wohnschutzgesetz, über das das Bundesgericht entschieden hat. Unser Initiativtext entspricht somit den verfassungsmässigen Leitlinien. Unterschreiben auch Sie die Initiative: Denn es kann auch Sie treffen, wenn Sie MieterInnen sind. Herzlichen Dank.

Hanspeter Uster

Initiative vorbereitet wurde. Nicht nur der Rotary-Club, auch alternative Gruppierungen im Kanton Zug luden mich zu Vorträgen ein, so die Frische Brise Steinhausen oder das Forum Oberägeri an seine GV. Mit Urs Birchler zusammen engagierte ich mich für die Erhaltung von Arbeitsplätzen bei der L&G im Herbst 1992, was harsche Kritik der L&G-Führung einbrachte. Ein letztes Beispiel für die wichtige Arbeit ausserhalb der unmittelbaren Regierungsgeschäfte: Im Mai 1994 nahm ich an drei Veranstaltungen gegen Rassismus teil, die von jungen Leuten, auch aus der SGA, organisiert worden waren. In den Jugis von Baar, Cham und Steinhausen diskutierte ich mit Jugendlichen über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, die Probleme der zweiten Generation oder die Frage der Gewalt gegen und von Jugendliche(n). □

Den Verkehr halbieren!

Im nächsten Herbst will das «Netzwerk umverkehrR» die Initiative «für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen» lancieren. Die Forderung ist klar, los geht's: «Wir müssen den Fuss vom Gaspedal nehmen, wenn wir das Rennen gewinnen wollen.» (Marilyn Ferguson)

Thomas Ulrich

Vor drei Jahren war es noch ein «Polit-Furz» in ein paar Köpfen. Am 19. Januar 1992 gründeten dann 40 Leute aus der ganzen Deutschschweiz das «Netzwerk umverkehrR». Ziel des Netzwerks ist es, möglichst viele Leute mit verschiedenem Hintergrund zusammenzubringen, die eines gemeinsam haben: Die Einsicht, dass wir Menschen unseren Umgang mit der Natur in naher Zukunft grundlegend ändern müssen. Ein Ansatz für die Gestaltung dieses Wandels ist der Verkehr. Deshalb trachtet das Netzwerk danach, den motorisierten Privatverkehr mit Hilfe einer Initiative zu halbieren.

An der letzten Vollversammlung (17.4.1994) wurde der definitive Initiativtext verabschiedet (siehe Kasten).

Fahrleistung! Fahrleistung?

Problematisch scheint mir das Wort «Fahrleistung» im Initiativtext. Eine genaue (und juristisch zwingende) Definition dieses Wortes gibt es (noch) nicht. Auf Anfrage sagte man mir, dass man die Forderung nach einer Halbierung der gefahrenen Kilometer prüfte, diese aber bestimmte Probleme mit sich brachte (z.B. ungenaue Statistiken oder ob die von AusländerInnen in der Schweiz gefahrenen Kilometer auch gerechnet werden und umgekehrt). «Fahrleistung» sei aber si-

Initiativtext

Eidgenössische Volksinitiative für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert und ergänzt:

BV Art. 37bis, Abs. 1: unverändert.

Abs. 2 neu:

Bund, Kantone und Gemeinden halbieren den motorisierten Strassenverkehr innerhalb von 10 Jahren nach Annahme dieses Artikels. Dieser Stand darf nicht mehr überschritten werden. Massgebend ist die in der Schweiz insgesamt erbrachte Fahrleistung. Der öffentliche Verkehr ist von diesen Bestimmungen nicht betroffen und wird nicht mitgerechnet.

Abs. 3: Bisheriger Abs. 2, Satz 1 unverändert. Sätze 2 bis 4 neu:

Die Gemeinden können auf allen Strassen ihres Gebietes, mit Ausnahme der Nationalstrassen, Verkehrsbeschränkungen anordnen, soweit es dem Ziel von Absatz 2 oder der Verbesserung bzw. Erhaltung von Lebensräumen dient.

Die vollständige Sperrung von Strassen, die für den allgemeinen Durchgangsverkehr notwendig sind, ist nur in Absprache mit dem Bund zulässig.

Die Benützung der Strassen im Dienste der öffentlichen Hand bleibt vorbehalten.

cher nicht gleich «Anzahl Autos», hiess es. Ist mir schon klar. Seit der Alpeninitiative weiss man jedoch,

dass es den ParlamentarierInnen nicht so klar sein wird. Wer weiss, was «Fahrleistung» heisst?!

Keine Übergangsbestimmungen!

Auffallend ist, dass die Initiative keine Übergangsbestimmungen enthält. Es gab zwar drei Vorschläge (Lenkungsabgabe / Ökobonus, Zulassungsbeschränkungen für Autos und autofreie Tage), diese wurden dann aber komplett gestrichen. Begründet wurde dies vor allem damit, dass die Halbierung des Privatverkehrs ein zu komplexes Ziel sei, um es mit der Einforderung einer ganz bestimmten Massnahme zu erreichen. Übergangsbestimmungen würden im Widerspruch dazu stehen und zusätzlich Gefahr laufen, zum eigentlichen Thema des Abstimmungskampfs zu werden, meinte man an der vorletzten Vollversammlung.

Die Initiative wird im Herbst 1994 lanciert. Zur Zeit werden noch Organisationen gesucht, die bereit sind, die Initiative zu unterstützen. Ich hoffe, die alternativen Gruppierungen machen mit!

Natürlich sind auch Privatpersonen gesucht, die das Netzwerk aktiv und/oder finanziell unterstützen. Eine Mitgliedschaft kostet 20.-, 60.- bzw. 100.- Fr., je nach Einkommen (PCK: 80-67097-2). Seit Anfang Mai ist das Netzwerk-Büro in Zürich geöffnet. Die Adresse: Netzwerk umverkehrR, Seefeldstr. 102, Postfach, 8034 Zürich, Tel. 01/422 11 30. □

Kurz vor dem Endspurt

In weniger als einem Tag hat die Bau- und Planungskommission BPK des Grossen Gemeinderats am 8. Juni die dritte und wahrscheinlich letzte Lesung der Stadtplanung zuhanden des Grossen Gemeinderats verabschiedet. Auf viele Verbesserungen hofften wir bei den heutigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen nicht.

Dani Brunner

Einziges Entgegenkommen zum Volksentscheid über die Wohnanteils-Initiative: Statt 33 Prozent soll die Wohn- und Gewerbezone WG 5 wie heute einen Mindestwohnanteil von 50 Prozent aufweisen; allerdings werden im Gegensatz zu heute die unterirdischen Gewerbe- und Lagerflächen in Zukunft nicht einberechnet. Dank des Einsatzes von Peter Kamm (FDP) beantragt die BPK, dass die «Strukturerhaltungszonen» wieder aufgenommen werden; sie sollen in den älteren Stadtteilen, wo wie im ganzen Baugebiet die mögliche Baudichte (Ausnutzungsziffer AZ) massiv aufgestockt wird, einen milden Schutz gegen das «Umpflügen» der Quartiere bieten.

Zahlreiche Umzonungen verlangt

Daneben werden vor allem Verschlechterungen beantragt, häufig mit dem Stichentscheid des Präsidenten Hans Abicht (FDP): Der Mindestwohnanteil in der Kernzone K4 soll nur noch 50 % statt – wie in der 2. Lesung 60 % – betragen (heute gemäss Initiative: 75 %). Das Vorgelände der Landis & Gyr soll keine Kernzone K5 werden (mit Mindestwohnanteil und Publikumsnutzungen im Erdgeschoss), sondern eine Industriezone I25 (mit Wohnverbot und bis zu hundert Prozent Büros). Das nicht erschlossene Gebiet Hasenbühl/Freudenberg soll nun doch nicht der Landwirtschaftszone, son-



Geht es nach dem Willen der Bürgerlichen, wird das Gebiet «Murpfli» zwischen Oberwil und Lothenbach zur Bauzone.

■ Bild Bulletin

dern dem Baugebiet zugeteilt werden. Und das Gebiet «Murpfli» zwischen Oberwil und Lothenbach soll

eine regelrechte Bauzone werden; dass die Stadt dadurch verpflichtet würde, an eine kilometerlange Ka-

nalisationsleitung gemeindliche Beiträge zu leisten, scherte die bürgerlichen ObersparerInnen nicht.

Geradezu salopp gingen die bürgerlichen Kommissionsmitglieder mit dem Übergewicht der Arbeitsplätze in der Stadt beziehungsweise dem Pendler- und Verkehrsproblem um: Sie wollten auch den bunten, sozialdemokratischen und sozialistisch-grünen BPK-Mitgliedern die Mitschuld an der falschen Gewichtung der Arbeits- und der Wohnzonen geben: «Sie sind ja auch immer dabei gewesen». Dabei waren wir nur wenige Stunden vorher noch mit entsprechenden Umzonungsbegehren abgeblitzt.

Faule Vorwände gegen die Mindestwohnanteile

Seit Beginn der Rezession mussten sich die Netten und Linken in der Stadt Zug die Litanei anhören, hohe Mindestwohnanteile seien unnütz, weil heutzutage sowieso niemand (zu) viele Büros baue. Doch der Hauseigentümergeverband predigt schon ein bisschen länger, dass der MieterInnen-Schutz die Investitionslust im Wohnungsbau vergalle.

Dass im Kanton Zug trotz dieser scheinbar misslichen Lage noch nie so viele Wohnungen im Bau waren wie heute, hinderte den Grossen Gemeinderat Albert Iten (CVP) nicht daran, auch bei seinen bürgerlichen KollegInnen einen unfreiwilligen Lacherfolg zu ernten. Als er sich in der Bau- und Planungskommission wieder mal für ein Wohnverbot im geplanten 90-Meter-Hochhaus vor der Landis & Gyr aussprach, meinte er nämlich: «Seien wir doch ehrlich. Landis & Gyr ist kein karitatives Unternehmen, die müssen Geld verdienen. Und mit Wohnungen ist das nun mal einfach nicht möglich.» Weil Albert Iten vor Jahren prognostizierte, dass niemand von den Linken je einen autofreien Bahnhofplatz

erleben werde (was dann kaum zwei Jahre später der Fall war), gelten seine Prophezeiungen in unseren Kreisen nicht allzu viel. Aber seine Aussage zum Wohnanteil könnte mehr Wahrheit enthalten, als uns lieb ist: Ein grösserer Leerwohnungsbestand ist für dieses oder nächstes Jahr vorhersehbar. Und mit dem zumindest in Zug schon kräftig keimenden Aufschwung werden Büros tatsächlich wieder deutlich rentabler.

Letzten Respekt vor der Demokratie verloren?

Recht frivol geht die Mehrheit der Bau- und Planungskommission (BPK) des Gemeinderats mit den Volksrechten um: Zwei Jahre lang hatten die Bürgerlichen die von ihnen so heiss ersehnte Reduktion der (vom Volk mit 64 Prozent der Stimmen angenommenen) Mindestwohnanteile damit gerechtfertigt, dass der Volksentscheid von 1990 dem Volk mit der kommenden Abstimmung über die Stadtplanung sehr wohl noch einmal vorgelegt werde. Von einer Umgehung des Volkswillens könne deshalb keine Rede sein. Nun sprachen sich aber alle anwesenden bürgerlichen Mitglieder der BPK gegen ein obligatorisches Referendum aus, will sagen: Die Linken und Grünen sollen erst mal die Unterschriftensammeln, damit das Volk noch einmal das Wort erhält...

Stadtplanung als ungeliebtes Wahlkampfthema

Diverse LandeigentümerInnen warten auf die in allen Zonen vorgesehene höhere Ausnutzungsziffer, die von allen Fachleuten (und den SP- und SGA-GemeinderätInnen) wegen der Gefahr von Häuserabbrüchen kritisiert wird. Aber nicht nur deshalb setzten die Bürgerlichen

in den ganzen bisherigen Diskussionen auf einen fast schon unheimlichen Zeitdruck: Serienweise ganztägige Sitzungen seit 1992 versprühten unverkennbar den Willen, die Stadtplanung aus dem Wahlkampf vom nächsten Herbst (30. Oktober) herauszuhalten.

Vor allem für die lohnarbeitenden BPK-Mitglieder und jene mit Hausfrauenpflichten war dies an mehreren Terminen nicht mit ihren übrigen Verpflichtungen vereinbar. Nun liegt das neckische Resultat des ständigen Drängens auf Zeitgewinn vor: Der Gemeinderat wird Ende August oder Anfang September das Stadtplanungspaket mit den Stimmen der Bürgerlichen verabschieden. Die von uns auf alle Fälle angestrebte Volksabstimmung ist für Dezember terminiert.

Ziel der SGA ist eine menschenwürdige Stadtplanung

Deshalb wird sich keinE GemeinderatskandidatIn um die Gretchenfrage drücken können, wie sie oder er es mit den Wohnanteilen, mit der Öffnung des Landis & Gyr-Areals für hundert Prozent Büros, mit der unverhältnismässigen Erhöhung der Baudichte, mit der Grünhaltung der Gimenen usw. halten will. Weil bei der Stadtplanung sicher mehr Menschen mit uns einig sind, als 1990 SGA, SP und Bunte wählten (40 Prozent), bedanken wir uns vorerst für die bürgerliche Wahlhilfe. Unser Ziel bleibt aber nach wie vor eine gute Stadtplanung, die Grünflächen schützt, ein besseres Verhältnis zwischen EinwohnerInnen und Arbeitsplätzen (weniger Autoverkehr) bringt und die gewachsenen Quartiere vor der mit einer massiven Erhöhung der Ausnutzungsziffern einhergehenden Abbruchwelle bewahrt. □

Der böse Geist im Guthirt

«Wie hält es die 'Mitte' mit ihren 'Rändern'? Es ist weise und klug, so zu fragen. Denn die Ränder bestimmen insgesamt die Form einer Gesellschaft, ihre Lebensform; von den Rändern her entwickelt sie sich oder stirbt ab; dort sitzt ihr Tastsinn für das Neue, das auf sie zukommt; dort entscheidet sich die Gesundheit ihres Stoffwechsels, die Gutartigkeit ihres Wachstums; dort, an den Rändern, lernt das System – oder verschliesst sich gegen sein eigenes Überleben.»

Adolf Muschg

Anita Stadler

Diese Worte von Adolf Muschg kamen mir als erstes in den Sinn, als ich vom Unverständnis hörte, das im Guthirtquartier gegenüber dem Lüssihaus aufkam. Aber nun mal die Geschichte: Als im Oktober '93 der reformierte Pfarrer Drigalla, Bewohner des Lüssihauses, zwei Jahre vor seiner Pension beabsichtigte, seinen Wohnsitz nach Menzingen zu verlegen, teilte er dies der reformierten Kirchgemeinde mit. Seine Bitte, als noch im Amte tätiger Pfarrer den Wohnsitz in eine andere Gemeinde zu verlegen, wurde genehmigt. Die reformierte Kirchgemeinde wusste, dass das Drogenforum Zug (DFZ) seit zwei Jahren für das geplante Projekt «Soziales Wohnen» für Menschen mit Suchtproblemen ein geeignetes Haus suchte. Auf Anfrage der reformierten Kirchgemeinde hat das Drogenforum Zug am 28. Januar 1994 schriftlich mitgeteilt, Interesse am Haus Lüssiweg 8 in Zug zu haben.

Noch während genauere Abklärungen betreffs Eignung, Kosten etc. des Hauses vorgenommen wurden, entstand im Guthirt-Quartier das Gerücht, dass bald Zustände wie im Kreis 5 herrschen werden, dass ein Drogenheim entstehe usw. Glücklicher- oder zufälligerweise fand am 9. März die GV des Quartiervereins statt. Der Vorstand des QV nahm mit Ivo Ramer (Präsident DFZ) Kontakt auf, um zu genaueren Informationen zu kommen. Ivo Ra-



Endlich hat das Drogenforum ein geeignetes Haus gefunden...

■ Bilder Bulletin

mer und Beatrice Kneubühler (gleichentags gewählte Betreuerin des künftigen Wohnheims) konnten an der GV kurz über das Projekt und den Stand der Dinge informieren. Zudem wurde ein Informationsabend, noch vor der Öffnung des Lüssihauses, versprochen und die Telefonnummer für allfällige Fragen oder Zwischeninformationen bekanntgegeben. Beunruhigte Nachbarn und BewohnerInnen des Quartiers lancierten eine Petition gegen das Projekt «Begleitetes Wohnen». Mit nicht allzu rühmlichen und ungenauen Argumenten konnten sie immerhin über 500 Unterschriften zusammenbringen (dank der Mithilfe der SVP?).

Am 8. April fand dann im Pfarreiheim Guthirt der Informationsabend des Drogenforums Zug statt. Leider war die Veranstaltung vom Quartierverein aus sehr schlecht vorbereitet. Die Gesprächsleitung war unglücklich gewählt und nicht neutral. Die Stimmung war gereizt, die Bereitschaft, Informationen als solche aufzunehmen, bei vielen nicht da. Die SVP hat die Stimmung aufgenommen und ausgenutzt; Stefan Gyseler (Präsident SVP Stadt Zug) war nach eigenen Aussagen von den Petitionären zu diesem Abend eingeladen worden. Geschickt haben sich die SVP-Mitglieder an einzelne Tische gesetzt, um so die «Ängste» der BewohnerInnen zu spüren und auf-

zunehmen: Ängste bezüglich der Kinder, der alten Menschen und Frauen, die ab 1. Mai im Quartier Guthirt des Nachts nicht mehr alleine unterwegs sein möchten. Kinder, die nicht mehr ohne Gefahr, durch die BewohnerInnen des Lüssihauses angepöbelt oder bedroht zu werden, zum Spielplatz oder zum Schulhaus kommen. Es ist erstaunlich, mit welcher Fantasie die Rechtfertigung der Intoleranz geschieht. Bedenklich stimmt aber auch, dass der Pfarrer des Quartiers nicht ganz klar und deutlich seine «Schäfchen» anhält, den Benachteiligten doch eine Chance zu geben. Mit dem Argument, dass Minderheiten (mögliche BewohnerInnen des Lüssihauses) wieder andere Minderheiten (QuartierbewohnerInnen, die Angst haben) erzeugen und diese auch ernst genommen werden müssen, hat er recht – der soziale Unterschied dieser Minderheiten alleine genügt aber, um zu spüren, dass dem Lüssihaus trotzdem eine Chance gegeben werden muss.

Einzelne engagierte Voten zeigen



... doch ein starker Wind von rechts will das Projekt «Begleitetes Wohnen» verhindern.

ten aber auch deutlich, dass es Menschen gibt, die klar sehen, dass Ausgrenzung und Tabuisieren nicht weiterhelfen und das Drogenelend ein Bestand unserer heutigen Gesellschaft ist, mit dem wir lernen müssen umzugehen.

Gerichtliche Folgen

Die PetitionärInnen sind an-

scheinend schlecht beraten, denn durch eine superprovisorische Verfügung glaubten sie, die Einrichtung des Lüssihauses per 1. Mai 1994 verhindern zu können. Glücklicherweise wurde dieses Begehren abgelehnt.

Aber die Justiz wird sich weiterhin mit dem Fall beschäftigen müssen, denn die AntragstellerInnen lassen nicht locker und wollen auf dem gerichtlichen Weg verhindern, was nach ihrer Ansicht nicht sein darf. Mit ihren bekannten Argumenten wollen sie glaubwürdig machen, dass die Integration von Gefährdeten am Lüssiweg der falsche Weg sei.

Gesprächsgruppe IG Lüssihaus

Auf Anregung eines Bewohners wurde am Informationsabend eine Gesprächsgruppe für alle jene, die weiter in Verbindung mit dem Lüssihaus bleiben möchten, initiiert. Natürlich wäre dies auch für die zahlreichen GegnerInnen eine gute Gelegenheit, um sich ein wirklich klares Bild über die Institution zu machen. Leider nahmen am ersten Gespräch (9. Mai) keine GegnerInnen teil. Es ist schade, wenn das Gespräch und eine offene Diskussion zu einem so wichtigen Thema nicht von beiden Seiten gesucht wird. □

Projekt «Soziales Wohnen»

1. **Zielsetzung:** Das geplante Wohnprojekt ist ein soziales Wohnangebot für Menschen mit Suchtproblemen in einer Notlage.
2. **Zielgruppe:** Das geplante Wohnprojekt richtet sich in erster Linie an junge Erwachsene mit Suchtproblemen, die im Kt. Zug Wohnsitz haben und noch teilweise sozial integriert sind.
3. **Künftige BewohnerInnen** müssen zu mindestens 50% arbeiten oder sich aktiv um Arbeit bemühen. Es sollen die Fähigkeit und Bereitschaft vorhanden sein, sich an Vereinbarungen mit dem Begleiteteam zu halten.
4. **Begleiteteam:** Das Begleiteteam besteht je nach Grösse der WG aus zwei bis drei Personen.
5. **Begleitung:** Die soziale Begleitung unterstützt die BewohnerInnen bei der Bewältigung von Schwierigkeiten im Wohnungsalltag. Sie reicht von einer Hauswirts- und Hausverwaltungsfunktion bis zu einer regelmässigen sozialen Beratung.
6. **Aufnahmeverfahren:** Die InteressentInnen gelangen durch eine soziale Institution oder selbständig an eine/n BegleiterIn. Es finden Informations- und Aufnahmegespräche mit einem/r BegleiterIn statt.
7. **Aufenthaltsdauer:** Die Aufenthaltsdauer ist auf ein Jahr beschränkt, eine Verlängerung ist möglich.
8. **Kostendeckung:** Die Zimmer werden zu einem marktgerechten Preis vermietet.

Zwei Schritte vorwärts, einer zurück

Das Auto hat seinen Status als heilige Kuh zumindest teilweise etwas eingebüsst. Das gilt noch nicht für den Abstellraum, den das Auto benötigt: Parkplätze sind noch immer das Reizthema in der Verkehrspolitik. Mit Klauen und Zähnen verteidigt das Gewerbe – respektive die tatsächlichen oder selbsternannten Gewerbevertreter – jeden Parkplatz. Veraltete Parkplatzreglemente schreiben noch immer Mindestzahlen an Parkplätzen vor; wer weniger baut, zahlt.

Martin Stuber

So auch in der Stadt Zug. Nun hat sich der Stadtrat unter Führung von Bauchef Eusebius Spescha und Stadttingenieur Durisin aufgemacht, das zu ändern. Als erstes Resultat liegt ein Parkplatzbewirtschaftungskonzept vor, das der GGR kürzlich abgesegnet hat. Das neue Parkplatzreglement ist so umstritten, dass der Stadtrat nochmals über die Bücher geht.

Um überhaupt eine einigermaßen fundierte Parkplatzpolitik zu machen, braucht es Daten. Erst einige Jahre ist es her, dass im GGR ein Vorstoss von Dani Brunner für ein Parkplatz-Inventar abgelehnt wurde (Zitat von CVP-Gemeinderat Albert Iten: «Ich weiss, wieviele Parkplätze es in der Stadt hat: zuwenig!»). Inzwischen hat der Stadtrat dieses Inventar erstellt, und das Resultat ist in zweifacher Hinsicht ernüchternd:

Auf jedeN EinwohnerIn kommt ein Parkplatz. Es gibt 21'210 Parkplätze in Zug!

Von diesen 21'210 Parkplätzen sind nur gerade 15% öffentlich. Auf die restlichen 85% hat die Politik keinen Einfluss.

Damit sind auch schon zwei wichtige Feststellungen gemacht: Es gibt ganz sicher nicht zuwenig Parkplätze in Zug, und die Wirksamkeit politischer Massnahmen ist zum voraus ziemlich beschränkt.

Was bringt nun die beschlossene Parkplatzbewirtschaftung?

Es sind hauptsächlich drei Neuerungen:

- ◆ Anwohnerbevorzugung in drei Wohnquartieren (Herti, Aabach, Guthirt)
- ◆ öffentliche Parkplätze sind nicht mehr gratis
- ◆ Umwandlung von 151 PendlerInnenparkplätzen im Stadtzentrum in Kurzzeitparkplätze

Die ersten beiden Massnahmen sind sicher Schritte vorwärts, die Parkplatz-Umwandlung ebenso sicher ein Rückschritt, erzeugen doch die Kurzzeitparkplätze gemäss Stadtrat 800 Fahrzeugbewegungen mehr pro Tag – und dies im Stadtzentrum.

Ob diese Konzession an die Grossverteiler und Detailhandelsgeschäfte tatsächlich nötig war, um die ganze Vorlage mehrheitsfähig zu halten, ist schwierig zu beurteilen. Sicher ist eines: die Attraktivität Zugs so stark und einseitig vom Parkplatzangebot abhängig zu machen, ist kurzsichtig. Das Beispiel von Heidelberg zeigt, wie es besser geht: je fussgänger- und velofreundlicher, desto höher die Umsätze. Hier ist noch viel Aufklärungsarbeit dem Gewerbe gegenüber nötig.

Die Anwohnerbevorzugung ist ein vielerorts erprobtes Mittel, um unerwünschten Verkehr aus Wohnquartieren fernzuhalten. Hier ist jetzt ein wichtiger Anfang gemacht, aber eben erst ein Anfang. Das ganze Berggebiet ist ausgeklammert, ebenso die Letzi. Da lässt sich also noch einiges machen.

Die Parkgebühren für die öffentlichen Parkplätze waren bisher in

Zug sehr tief – rund 2'000 Parkplätze von insgesamt 2'750 waren überhaupt gratis! Diese Gratis-Parkplätze gehören nun der Vergangenheit an, ebenso ist die Parkierungsdauer besser geregelt. Allerdings sind die neuen Tarife immer noch sehr tief, einzig die 5 Franken für die PendlerInnen könnte einen leichten Lenkungseffekt haben. Von marktwirtschaftlichen Ansätzen ist noch keine Spur: die Altstadt-Parkplätze, welche sicher die höchste Nachfrage aufweisen, sind die billigsten.

Lenkungseffekt ist erwiesen

Dabei ist inzwischen wissenschaftlich erwiesen, dass eine Parkgebühr-Gestaltung nach Angebot und Nachfrage einen erwünschten Lenkungseffekt hat. Wenn Zentrums-Parkplätze mit sehr hoher Nachfrage stark verteuert werden, so wirkt sich das unmittelbar dämpfend auf den Suchverkehr aus, weil die Nachfrage sinkt. Dahinter steckt die simple Tatsache, dass es an den attraktivsten Orten immer zuwenig Parkplätze gibt, das Angebot aber fix ist, also wird die Nachfrage über den Preis gesteuert. Davon sind wir noch weit entfernt.

Was an der neuen Zuger Parkraumpolitik weiter auffällt, ist die Konzentration auf die PendlerInnen-Parkplätze. Sicher ist es aus politischen Gründen nicht ungeschickt, hier anzufangen, denn der gesellschaftliche Konsens bezüglich Umsteigen ist bei den PendlerInnen sicher am weitesten fortgeschritten.



Die drei dunklen Flecke bezeichnen diejenigen Quartiere, in denen die AnwohnerInnen, was die Parkplätze betrifft, bevorzugt werden: Herti, Aabach und Guthirt.

■ Karte Oscar Merlo, Verkehrsingenieurbüro

Andererseits darf das nicht dazu verleiten, die beiden anderen Zielgruppen zu vergessen: den Einkaufs- und v.a. den Freizeitverkehr.

Eine Analyse der Verkehrsanteile zeigt für die Stadt Zug, dass nur gerade ein Drittel des Verkehrsauf-

kommens von den PendlerInnen herrührt (Volkszählung 1990)! Und in der nationalen Verkehrsstatistik (Mikrozensus) zeigt sich ein klarer Trend in Richtung Wachstum des Anteils beim Einkaufs- und v.a. beim Freizeitverkehr.

Gerade hier steht die Parkraumpolitik erst am Anfang. So sind die öffentlichen Parkplätze ab 19 Uhr immer noch gratis...

Immerhin, die ersten Schritte sind jetzt gemacht, aber der Weg ist noch lang. □

Betrachtungen eines «Unpolitischen»

Konstruktive Ideen und couragierter Einsatz von Jugendlichen sowie 1000 gesammelte Unterschriften konnten nicht verhindern, dass die Wohnung am Kolinplatz 21 während Monaten leersteht.

Bruno Stutzer

Ich wohne am Kolinplatz 21, in einer Altwohnung im Zentrum der Stadt Zug. Wir leben zu dritt in einer WG. Das Haus gehört der Stadt. Wir haben keinen Mietvertrag, sind aber auch keine BesetzerInnen.

Wir hatten einst Verträge mit der Vereinigung für Jugendfragen im Kanton Zug (VJZ) und untermieteten die Wohnung im ersten Stock, deren Mieterin die VJZ war. Eine gemütliche Wohnung mit grosser Küche gegen den Hinterhof und schönen Zimmern. Vier Jugendliche fanden hier Platz. Vor neun Monaten wurde uns gekündigt. Da wir alle in einer Ausbildung waren, hatten wir keine andere Wahl, als die provisorischen Untermietverträge für ein Provisorium im dritten Stock desselben Hauses zu unterzeichnen. Das provisorische Provisorium wurde nötig, weil in unserer Wohnung eine provisorische, aber streng organisierte, überwachte und ausdrücklich nicht allen Notleidenden zugängliche Notschlafstelle provisorisch eingerichtet wurde. Während letzterem Provisorium also unsere WG weichen musste, wick die eine der beiden Familien, die unserem Provisorium weichen musste, provisorisch in die Notwohnung der Frauenzentrale aus. Die andere, vierköpfig, um Asyl suchend, fand in der Woche des Auszugstermins doch noch eine Wohnung – und entging so knapp dem von der zuständigen städtischen Behörde angeordneten Einzimmerverlust in der



Auf welcher Seite steht die Vereinigung für Jugendfragen (VJZ) bei der Klärung von Jugendfragen?

■ Bilder Bulletin

Durchgangsstation. Als in den «Zuger Nachrichten» LeserInnenbriefe erschienen, aus denen deutlich Protest sprach, konterten die Projektverantwortlichen mit einem kindischen Alles-abstreiten-Gegenstoss-Leserbrief und der Stadtrat mit Verharmlosungsappellen im Grossen Gemeinderat. Das Provisorium im dritten Stock wurde nichtsdestotrotz provisorisch (gibt es denn kein anderes Wort für diesen hässlichen Begriff?) bezogen.

Des- und Nichtinformationspolitik der Stadt

Abtossend am Vorgehen der zuständigen Behörden und Politiker (alles Männer) sind zwei Punkte, die

wahrscheinlich zusammenhängen: Einerseits die Des- und Nichtinformationspolitik und andererseits der Umstand, dass wir Jugendliche schlechter behandelt werden als «normale» Bürgerinnen und Bürger.

Von Anfang an erhielten wir kaum Infos, und meistens nicht einmal die grundlegendsten. Während der Projektierungs- und Realisierungsphase ging jeder Versuch eines Informations- und Ideenaustausches von unserer Seite aus, die Stadt blockte immer wieder ab. So prüften die Projektverantwortlichen unseren Vorschlag einer gemeinsamen Benützung des Büros von Gassenarbeit und Notschlafstelle – den die Gassenarbeit als sinnvoll erachtete – schon gar nicht, weil er nicht mit den

bestehenden Vorgaben überein zu stimmen schien. Stattdessen teilt nun das Gassenarbeit-Büro unser Wohnprovisorium mitten entzwei, wird über unseren Stromzähler abgerechnet und macht auch die GassenarbeiterInnen, die unser Bad mangels eigener sanitärischen Einrichtungen mitbenützen müssen, nicht glücklich.

Es ist kein Zufall, dass die Notschlafstelle in einem Haus eingerichtet wird, das nur von Jugendlichen und AusländerInnen bewohnt wird; darüber habe ich in einem Leserbrief vom letzten Herbst geschrieben. Die Reaktion darauf erfolgte in der üblichen Manier: Ich erfuhr nur über Umwege, dass der Stadtrat «explodiert» sei; und in der Zeitung erschien eine lächerliche, die Realitäten verdrehende Gegendarstellung, in der ich heftig angegriffen und mir rein egoistisches Handeln vorgeworfen wurde. Ein gemeinsames Gespräch aller Beteiligten kam nie zustande, dabei war das unser dringlichstes Anliegen. Der Leserbrief war Ausdruck der Enttäuschung genau darüber gewesen.

Petition mit 1000 Unterschriften

Als dann im Februar offensichtlich wurde, dass die Notschlafstelle mangels Benützung nicht würde weitergeführt werden können, lancierte ich eine Petition «für mehr Wohnraum für Jugendliche» in der Stadt Zug, die kurzfristig eine zweite Jugendwohnung am Kolinplatz 21 zum Ziel hatte (in der leerwerdenden Notschlafstellenwohnung). Wir sammelten innert zwei Wochen 1000 Unterschriften!

Der zuständige Stadtrat, der gerne Stadtpräsident werden möchte, nahm sofort die Gegenposition ein und liess sich in der Zeitung zitieren, die Jugendlichen sollten sich selbst organisieren! Neu war nun, dass sich auch die bisher sehr passiv verhal-

tende VJZ auf die Gegenseite schlug und selbst wahrheitsverdrehend uns in Zeitung und Brief an den Stadtrat Wahrheitsverdrehung vorwarf. Wieder lag es an uns, das direkte Gespräch zu suchen; in der VJZ schienen die Meinungen gemacht. Obwohl ich den Präsidenten schliesslich doch noch von der Richtig- und Wichtigkeit der Petition überzeugen konnte, kam es nicht zu einer Zusammenarbeit – ich weiss noch heute nicht warum. Da stellt sich bei uns jugendlichen WG-BewohnerInnen die Frage, ob die VJZ denn wirklich für die Jugendlichen arbeitet, wenn sie eine Petition von Jugendlichen für Jugendliche bekämpft (und zu Fall bringt, siehe unten), oder ob sie sich angesichts der 1000 Unterschriften einfach vor einem Machtverlust fürchtet.

Umbau im 1. und 3. Stock

Ein anderer Vorschlag von unserer Seite, die Notschlafstelle im dritten Stock zu realisieren, wurde ungenügend geprüft niedergeschmettert, obwohl die sanitären Einrichtungen und die Zimmereinteilung viel besser für die Notschlafstelle als für eine WG geeignet sind. Die realisierte Variante wurde auch viel teurer, da in der unteren Wohnung die Installationen eingebaut werden mussten, die im oberen Stock, wo bisher ja zwei Wohnungen existierten, herausgerissen wurden.

Allerdings wurden oben die meisten Arbeiten, welche die Stadt als Vermieterin in Auftrag hätte geben müssen, nicht erledigt: Die Wohnung werde nur behelfsmässig eingerichtet, da wir ja in einem halben Jahr sowieso wieder runter müssten, meinte der leitende Beamte jeweils, wenn wir Ansprüche vorbringen wollten.

Mittlerweile sind nicht sechs, sondern neun Monate verstrichen – und wir wohnen immer noch in un-

serer behelfsmässig improvisierten Unterkunft.

Wie befürchtet: Wohnung steht seit dem 15. April leer

Vor drei Monaten sind allerdings die Verträge ausgelaufen, denn am 15. April wurde die Notschlafstelle geschlossen und «unsere» Wohnung steht seither leer. Genau das aber wollten wir BewohnerInnen mit der Petition und anderen Aktionen verhindern! Doch die VJZ stellte sich quer und griff die Petition in einem Brief z.H. des Stadtrats an, in dem sie sich deutlich und wörtlich distanzierte: Der Petitionstext enthalte «Ungenauigkeiten» und entspreche «nur bedingt den Tatsachen», u.a. weil da steht, «durch die Auflösung der provisorischen Notschlafstelle am 15. April 1994 wird der erste Stock in diesem Haus frei». Auf Anfrage bestätigte mir der Stadtrat, dass besagter Brief eine gewichtige Rolle bei der Beurteilung der Petition spielen werde. Nun steht die Wohnung bis im September leer, denn die Sommerpause steht bevor, und auch wenn der Stadtrat vorher entscheidet, wird ein Bezug erst nach den Sommerferien möglich sein!

Aus diesem Grund habe ich die Petition schon am 3. März eingereicht, und trotzdem haben die Behörden nicht schneller «geschaltet». Ich musste sogar – mehr als zwei Monate später – die Eingangsbestätigung für die Petition selber organisieren und diktieren, weil das verschlampt worden war. Da soll wer sagen, Jugendliche werden gleichbehandelt oder sich fragen, warum Jugendliche politikverdrossen sind...

Die VJZ wirft mir vor, politisch unklug zu handeln, doch ich bin weder politikverdrossen noch unpolitisch. Stadtrat und VJZ hätten wohl lieber gehabt: ... und er sagte kein einziges Wort. □

Grenzen überwinden

Die GSoA will diesen Sommer konkrete Friedensarbeit in Pakrac (Ex-Jugoslawien) leisten, indem sie zusammen mit dem Service Civil International (SCI) und internationalen sowie einheimischen Antikriegsbewegungsorganisationen einen vierwöchigen Arbeitseinsatz von 20 Schweizer Freiwilligen plant. Die GSoA lud Mitte Mai zu einer Informationsreise ein; die beiden Zugerinnen Madeleine Landolt und Barbara Fehlmann waren Mitglieder dieser CH-Delegation.

Barbara Fehlmann

Pakrac liegt in der UNPA West (UN Protected Area), eine der vier UNO-Schutzonen. Diese Schutzzone ist zweigeteilt. Mitten durch die Kleinstadt Pakrac verläuft die Grenze zwischen kroatisch und serbisch kontrolliertem Gebiet. Zweidrittel des Territoriums gehört zu Kroatien (Hauptstadt Zagreb) und der südliche Drittel ist der Serbischen Krajina Republik (RSK, Hauptstadt Knin, ehemals Republik Kroatien) angegliedert. Für die lokale Bevölkerung sind die Grenzen geschlossen.



Wie konnte es soweit kommen?

Pakrac war vor dem Krieg ein mitteleuropäisches Städtchen mit 8500 EinwohnerInnen. Die SerbInnen hatten eine schwache Mehrheit (53%). Pakrac war das wirtschaftliche Zentrum der Region.

Zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen kam es im Januar 91 als serbische und kroatische Polizisten gegeneinander das Feuer eröffneten. Im August desselben Jahres verliessen eines Nachts alle Serben die Stadt und am nächsten Morgen begannen die Bombardierungen mit Unterstützung der Jugoslawischen Volksarmee (JNA). Während der nächsten sieben Monate wechselte Pakrac fünfmal die Hand. Jeder Seitenwechsel hinterliess grosse Verwüstungen. Rund 70 Prozent der Häuser wurden unbewohnbar. Das wichtige überregiona-

Etliche Häuser konnten wieder bewohnbar gemacht werden. Weitere werden folgen.

■ Bilder Barbara Fehlmann

le Spital, alle Fabriken und das bekannte Thermalbad sind heute Ruinen.

Praktisch alle BewohnerInnen mussten fliehen. Als der Vance-Owen-Plan zu Beginn des Jahres 1992 das Kriegsgebiet in Schutzonen einteilte und die UN PROFOR (UN Protection Forces) an der Waffenstillstandslinie und im Gelände Stellung bezog, war Pakrac eine Geisterstadt. Rund 3000 Leute sind seither in den kroatischen Teil zurückgekommen, davon 1000 SerbInnen. Etwa 2500 SerbInnen leben auf der anderen Seite; bis jetzt konnten noch keine KroatInnen ins serbisch kontrollierte Gebiet zurückkehren. Viele Flüchtlinge leben wenige hundert Meter von ihrem einstigen Zuhause entfernt; ein Zurück-

kehren ist noch nicht möglich.

Angelaufene Hilfsprojekte

Nicht nur die vielen Flüchtlinge, auch soziale Härtefälle werden vom UNHCR (UNO Hochkommissariat für Flüchtlinge) mit Grundnahrungsmitteln versorgt (22'000 EmpfängerInnen in der ganzen UNPA West, die Gesamtbevölkerung beträgt zur Zeit 71'000). Die UN CIVPOL (von der UNO angestellte, ausländische Polizisten) begleitet die lokale Polizei bei ihren Einsätzen, um zusätzlich Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen. Die UNOV (UN Office Vienna) begann 1993 in Pakrac mit dem physischen und sozialen Wiederaufbau, ebenso die CARE Austria, die das Kleinge-

werbe beim Aufbau unterstützt (Hilfe zur Selbsthilfe). Seit Sommer 1993 sind nun auch aus regierungsunabhängigen Organisationen kroatische und internationale Freiwillige in diversen Projekten integriert, wobei die Antikriegsbewegung Kroatien als Koordinatorin wirkt (SCI und GSoA haben sich diesem Projekt angeschlossen). Die Skepsis der Bevölkerung in Pakrac war gross. Zuerst wurde der nächste Nachbar zum Feind, dann die vielen JournalistInnen, die Alles und Jeden fotografierten, der Einzug der Blauhelme und jetzt diese fremden Freiwilligen, die auf kroatischer wie serbischer Seite Hilfe anboten. Politisch war der Einsatz zuerst nur auf der kroatischen Seite möglich. MOST Belgrad, eine serbische Antikriegsgruppe, konnte aber in diesem Jahr die ersten zwei serbischen Freiwilligen nach Pakrac delegieren. Die politische Lage ist nach wie vor gespannt und abhängig von den Verhandlungen der serbischen und kroatischen Machtansprüchen in Belgrad und Zagreb. Zudem entstehen immer wieder Krisen nach Scharmützeln.

Die zwei Gesichter von Pakrac

Im «kroatischen» Pakrac ist schon einiges erreicht worden. In Zusammenarbeit mit lokalen Arbeitsbrigaden haben die Freiwilligen etliche Häuser wieder bewohnbar gemacht. Nach der Arbeit in den Trümmern von sieben bis zwei Uhr wenden sich die Freiwilligen sozialen Projekten zu. Sie organisieren Sprachkurse, spielen Fussball mit den Kindern, erteilen Jazztanz; für die Kleinen haben sie den Spielplatz wieder aufgebaut, ein Jugendclub im ehemaligen Schulhaus wurde Anfangs Mai eröffnet. Eine Frauengruppe begann sich zu bilden.

Eine Annäherung an ein normales Leben hat stattgefunden. Die



Die Freiwilligen sind zum festen Bestandteil des Dorfes geworden.

hartarbeitenden Freiwilligen werden geachtet und sind ein fester Bestandteil des Wiederaufbaus geworden. Ein ganz anderes Bild zeigte sich uns im «serbischen Pakrac». Nach einem schwierigen Grenzübergang begleitete uns dauernd die Polizei (und Geheimpolizei?). Wir durften uns nicht frei bewegen und fotografieren war verboten. Nach dem Gespräch mit dem serbischen Bürgermeister (welches eigentlich für das Protokoll in Knin geführt wurde) spazierten wir durch das zerstörte und trostlose Pakrac. Aufgrund einer Arbeitslosigkeit von 80% hängen viele Männer auf der Strasse und in den «Bars» herum. Wenige Geschäfte mit äusserst bescheidenem Angebot unterstreichen den Unterschied zum kroatischen Pakrac noch mehr. Die Schulen sind in ehemaligen Einkaufsläden notdürftig eingerichtet, die medizinische Versorgung ist prekär.

Für die Jugendlichen gibt es neben den wiedereröffneten Bars keine Freizeitgestaltung. Im eben fertiggestellten Gemeinschaftspavillon befindet sich neben einem kleinen Alt-eisengewerbe auch ein Raum, in dem sich die Bevölkerung treffen kann. Wir hatten auch hier die Möglichkeit die Frauengruppe zu treffen. Von einer UNOV-Freiwilligen wurde vor einigen Monaten eine Selbsthilfe-

gruppe für Frauen, die im Krieg Kinder verloren haben, gegründet. Von diesen Frauen wurde ein Nähprojekt initiiert. In einem UNO-Container befinden sich seit kurzem fünf deutsche Tretnähmaschinen. Aus den nicht brauchbaren gespendeten Textilien nähen die Frauen Windeln und Kleider. Noch fehlt es an vielem. Im Gespräch mit den meist älteren Frauen wurde uns ihre sehr schwierige Lage nach dem Krieg bewusst. Ihre Freude, dass sich irgendwer für sie interessiert, wird uns unvergesslich bleiben. Sie haben im Krieg alles verloren und leben am Ende der Unterstützungskette, in einer Enklave, 400 km von Belgrad entfernt.

Die Armut, aber auch die Ungewissheit hat diese Frauen gezeichnet, doch mit geeigneter materieller Hilfe werden sie alles daransetzen, um wieder in einer menschenwürdigen Umgebung leben zu können – über die Gräben und Grenzen hinweg. Wir planen zusammen mit den SGA-Frauen überparteiliche Aktionen zur Finanzierung von Frauenprojekten auf beiden Seiten.

Wer an einem Einsatz als FreiwilligeR Interesse hat oder mehr Informationen zum Projekt der GSoA möchte, wende sich bitte an die GSoA (Tel. 01/273 01 00 oder 01/272 02 22, Fax 01/273 02 12).

□

«Normale Männer» als Täter

Im Kantonsrat stehen zurzeit «nahrhafte» Brocken an: Spitalfrage, Personalgesetzgebung, Pensionskassengesetz. Doch der erste Teil des Artikels ist einem gesellschaftlichem Thema gewidmet. Ein Thema, das während einigen Wochen viel Staub aufwirbelte. Ein Thema, das instrumentalisiert wurde. Immerhin hatte die Interpellation, die diesem Thema gewidmet war, auch ihr Gutes: Mann kam nicht umhin, einmal zuzuhören.

Arlene Wyttenbach

Nach dem Mord an einer 20jährigen Frau in Zollikon durch einen Strafgefangenen im Urlaub hatte Regierungsrats-Aspirant Joachim Eder (FdP) eine Interpellation betreffend Überprüfung der Hafturlaubspraxis der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel eingereicht. Der Ton der Interpellation war ziemlich reissend. Die latente Angst der Leute, speziell der Frauen und Älteren, wurde angesprochen wie auch das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung.

Hardliner Eder

Die Antwort der Regierung war demgegenüber betont sachlich und ging auf die Fragen der Interpellation ein. In der Debatte zeigte sich Kantonsrat Eder von dieser Antwort nicht befriedigt. Er vermisste klarere Aussagen zur Bedeutung der öffentlichen Sicherheit, zu gewissen Defiziten im Strafvollzug und zur Problematik der Resozialisierung von Schwerst- und Sexualdelinquenten. Dazu stellte er den seiner Ansicht nach zu humanen Strafvollzug in Frage. Originalton Eder: «Unsere Gesellschaft und damit auch die Justiz müssen vom Dogma wegkommen, es seien alle Straftäter zu resozialisieren.»

Hans Schaufelberger brachte «seinen Ärger und seine Enttäuschung über diesen Vorstoss zum Ausdruck». Er bedauerte es sehr,



Das Thema Hafturlaub erhitzte die Gemüter.

■ Bild Bulletin

dass Joachim Eder der Versuchung erlegen war, diese schreckliche Tat dazu auszunützen, um dem humanen Strafvollzug einen Hieb zu versetzen. Zum Thema Sicherheit zitierte er aus einem Zeitungsbericht über einen Verkehrsunfall, bei dem ein neunmonatiges Baby getötet und dessen Vater schwer verletzt worden war. Er fragte sich, weshalb hier niemand aufschreit, weshalb solche Meldungen einfach hingegenommen werden.

«Normale Männer» als Täter

Als einzige in der Debatte äusserte ich mich zum Thema Frauen und Gewalt: «Ich war auch sehr betroffen über die Gewalttat in Zollikon. Wut und Aggression, aber auch Ohnmacht stiegen in mir auf. Ich wurde aber auch verunsichert, denn das Risiko eines gewalttätigen, sexuellen Angriffs kann jede Frau treffen. Sofort wurde mir wieder diese latente, verdrängte Angst vor männlicher

Bedrohung bewusst.

Wenn jetzt Fragen zur üblichen Hafturlaubspraxis bei Gewalttätern und Sittlichkeitsverbrechern gestellt werden, wenn kritisiert wird, dass in den Gutachtergremien fast ausschliesslich Männer sitzen, dann finde ich das wichtig und gut. Es gilt, das Risiko eines solchen Verbrechens möglichst klein zu halten. Doch es sollte auch klar sein, dass es keine 100%ige Sicherheit vor Gewalttaten gibt.

Was mich auch sehr betroffen machte und mir zu denken gab, war, wie diese Tat vermarktet und missbraucht wurde. Dabei wurde die grundlegende Frage, nämlich die der Gewalt gegen Frauen (und Kinder) in unserer Gesellschaft und im sozialen Nahraum kaum diskutiert. Die meisten Gewaltdelikte gegen Frauen passieren im engsten Bekanntenkreis, werden vom Bekannten, Freund oder Ehemann verübt. Und auch sie enden für einzelne Frauen tödlich. 1992 sind in der Schweiz 72

Frauen von Männern umgebracht worden. Die Täter waren mehrheitlich ganz 'normale' Männer, die ihr Opfer kannten. Gewaltdelikte gegen Frauen sind zu etwa 80 % Beziehungsdelikte. Nicht der fremde Mann auf der Strasse stellt also die grösste Gefahr dar, sondern Männer im Beziehungsumfeld einer Frau.

Gewalt gegen Frauen passiert täglich, auf verschiedensten Ebenen. Und es gibt keine vergleichbare Gewalt gegenüber Männern. Wieso wird diese Tatsache eigentlich so selten thematisiert? Etwa, weil sie etwas über die Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft aussagt?»

Totenstille herrschte während dieses Votums im Saal, still blieb zu diesem Thema auch Joachim Eder...

Urs Kem

Farbe in den sonst eher grauen Ratsbetrieb brachte das Happening des Vereins KURZUM (KULTURraum ZUGer MUSik) vor dem Regierungsgebäude. Anlass dazu war das ewige Hin und Her bezüglich Verkauf Theilerhaus und L&G-Shedhalle und der chronische Mangel an Übungsräumen für Bands. Der Kanton verweist die Suchenden an die Gemeinden, in den Gmeinden heisst es, «keine Räume, geht zum Kanton, der hat leere Räume». Statt zu resignieren mit Action auf diese unhaltbaren Zustände hinweisen - nachahmenswert!

Die wundersame Vermehrung und warum nichts daraus wurde

Spitalfragen sind heikel und sie bleiben es. So ist es auch geschehen in der Sitzung vom 28. April 1994. Schon vor der eigentlichen Sitzung passierte Sonderbares. Da lag ein Brief des Bürgerrats von Cham in meinem Briefkasten, ich soll doch in der Debatte betreffend Beitrag an ei-

nen Pavillon für Langzeitpatienten des Spitals und Pflegezentrums Ennetsee, neben dem von der Regierung beantragten Betrag, zusätzlich noch eine jährliche Mietzinssubventionierung von 180'000 Fr. unterstützen. Unterstrichen wurde dieses Begehren mit der Anwesenheit der entsprechenden Herren im Kantonsratssaal. Willy Bernet (CVP) hatte als Präsident der Spitalkommission und Chamer eine schwere Aufgabe. Klar war die Haltung der Kommission, die mit einem eigenen Antrag aufwartete, klar war aber auch das Signal der anwesenden Herren zu verstehen. Man werde schon sehen wie die entsprechenden Räte und Rätinnen sich äussern, wurde mir nach der Sitzung aus berufenem Munde erzählt. Der Bürgerrat ist in Cham nicht zu unterschätzen; und schliesslich stehen Wahlen an. Doch es kam anders. Weder die Bürgerräte noch die Regierung obsiegt. Die Spitalkommission machte mit einer schlanken Variante das Rennen. Die Bürgerräte verliessen den Saal.

Das Wahljahr kündigt sich an

Personalgesetzgebung, Pensionskassengesetz, Spitalplanung, Schulgesetzrevision, Feuerwehrgesetz... Die Wahlen haben definitiv auch im Kantonsrat begonnen. Noch nie war in einem der drei vergangenen Jahre soviel an Gesamt- und Teilrevisionen angesagt und traktandiert worden. Der Startschuss zum Marathon fiel am 26. Mai: Die Revision der Personalgesetzgebung ist traktandiert. Die Abschaffung der vierjährigen Amtszeit (Beamtenstatus), Frauenförderung, Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 64 Jahre, Missbräuchliche Kündigung und Teilzeitarbeit sind hier nur einige Bereiche, die in Gesetze gekleidet für die Angestellten des Kantons und später der Gemeinden gelten sollen. Wir haben die Vorlage ausführlich

in unserer Fraktion diskutiert und uns ein Vorgehen in der Debatte zu rechtgelegt. Wir einigten uns auf ein doppeltes Eintreten: Ich zum allgemeinen Teil und Sybilla Schmid zum speziellen Aspekt der Frau in der Vorlage. Sybilla war glänzend. Nachdem das Eintreten des Präsidenten der vorberatenden Kommission und der Stawiko und der beiden Sprecher der FdP und CVP so dahingeplätschert waren, nahm Sybilla mit scharfer Zunge den sogenannten «Frauenförderungsparagraphen» als Anlass ihrer Kritik. Keine Frauenförderung, sondern Frauenverhinderung sei der angesprochene Paragraph. Ein faktisches Arbeitsverbot von verheirateten Frauen werde hier ins Gesetz aufgenommen. Diese Heuchelei nenne sich gemäss Paragraph 3 «Frauenförderung», was sie nur als Spott und Hohn verstehen könne.

Die Reaktion liess nicht lange auf sich warten. Leo Ohnsorg (CVP), der sich schon fast notorisch nach jedem Votum aus alternativer Sicht meldet, dichtet Sybilla einen Bleihammer an, mit dem sie die geleistete Arbeit zusammenschlage. Doch auch versöhnliche Töne voll Bewunderung waren aus dem bürgerlichen Lager zu hören. Der andere Leo (Haas, FdP) klopfte ihr sinnbildlich auf die Schulter und ermunterte sie für einen gemeinsamen Antrag zur 2. Lesung. Sein Parteikollege Regierungsrat Urs Kohler (FdP) machte dem Spuk dann aber ein Ende und erklärte dem Rat seine (männliche) Sichtweise der Welt: «Ich habe kein Verständnis dafür, dass Frauenrechtlerinnen offensichtlich nicht einmal bereit sind, im Zweifelsfall einem Mann den Vorzug zu geben, der existentiell stärker auf eine Stellung angewiesen ist, als eine Frau mit gleichwertiger Qualifikation.» (Zitat) Ein Kommentar erübrigt sich. Die Beratung geht am 23. Juni weiter. □

Wenig Glück hatte Anfang März unser sonst recht erfolgreiches Rechtsausssen- und Beton-Trio im Zuger Gemeinderat: Leo Granzio (CVP-Fraktionschef und Multi-Verwaltungsrat), Karl Rust (CVP, Geschäftsführer und VR-Präsident der Landis Bau) und Christoph Luchsinger (FDP, Bauherrenberater) übten sich bei der Beschlussfassung über den «Baulinienplan Guggi» in ihrem gegenwärtigen Haupthobby, dem Deregulieren. Weil ein Hausbesitzer, Rudolf Mosimann (FDP, ehemaliger Staatsanwalt im Nebenamt und Marc Rich- sowie Multi-Verwaltungsrat) seine Eingangstreppe nicht innerhalb der Baulinie, welche das Bauen (von Hausmauern) begrenzt, haben wollte, stellten sie den Antrag, das ganze Geschäft sei abzulehnen. Baupräsident Eusebius Spescha (SP) machte den Rat zwar darauf aufmerksam, dass die Baulinie nicht zwecks Bauverhinderung, sondern aus Anlass eines konkreten Bauvorhabens aufgelegt worden sei; ohne die angestrebte Baulinie müsste ein grösserer gesetzlicher Bauabstand von der Strasse eingehalten werden. Doch davon wollte die bürgerliche Ratsmehrheit nichts wissen, denn schliesslich trauen sie ihren wägstigen Baulobbyisten: Mit knappem Mehr lehnte es der Gemeinderat ab, überhaupt auf das Geschäft einzutreten. Dass es sich um blindes Vertrauen gehandelt hatte, merkte Karl Rust erst einige Wochen später; denn just ein Baugesuch seiner Baufirma wurde wegen der fehlenden Baulinie abgelehnt. «Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich anders gestimmt.» So kommt es, wenn man den Linken und Netten nicht einmal mehr zuhört. Und merke: Unsere bürgerlichen Deregulierer sind noch immer die besten «Bauverhinderer». Denn auch mit ihrem Kurs in der Stadtplanung steuern sie in flotter Fahrt auf Schiffbruch beziehungsweise ein Volksnein hin.

*

Insbesondere Leo Granzio wird nächstens weiteren bürgerlichen FreundInnen Freude bereiten. Denn im Januar hatte er es geschafft, dass das städtische Bauamt an der St. Oswaldsgasse nicht erweitert werden kann. Sein Hauptargument, der von der Stadt zu kaufende Büroraum sei viel zu teuer, das Einmieten ins Haus Zentrum («Hirschen»), das der städtischen Pensionskasse gehört, käme viel billiger. Zwar muss dieses Gebäude nächstens saniert werden, was eine massive Mietzinserhöhung zur Folge haben wird – womit Leo Granzios Argument eigentlich hin-fällig wäre. Doch weil das Bauamt an der St. Oswaldsgasse aus den Nähten platzt, wird es mit grösster Wahrscheinlichkeit tatsächlich bald im Haus Zentrum untergebracht. Das aber bedeutet, dass eine ganze Reihe von GeschäftsmieterInnen ausziehen müssen. Soviel wir wissen, handelt es sich fast ausschliesslich um Mitglieder und SympathisantInnen von FDP, SVP und CVP, die in teurere Büros umziehen müssen. Womit wenigstens bewiesen wäre, dass Leo Granzio seine schmucke Brille nicht nur aus Modegründen, sondern tatsächlich wegen seiner Kurzsichtigkeit trägt.

*

Kinder haben sie beide keine; trotzdem haben sie sich während der letzten Jahre mächtig für die Verbesserung der familienergänzenden Kinderbetreuung in Zug eingesetzt. Dabei sind sie nicht nur anderen Geschlechts, sondern haben auch sonst nicht unbedingt die gleiche Wellenlänge: Sie ist eine überzeugte Parteilose, er präsidiert seit drei Jahren eine Partei. Sie kommt aus der Privatwirtschaft und schlägt sich nun seit mehr als zwei Jahren mit der nicht gerade frauenfreundlichen kantonalen Verwaltung herum; er hat sich vor sieben Jahren in die Selbständigkeit abgeseilt. Jetzt kämpfen sie mit

– und ein bisschen auch gegeneinander um einen Sitz im Zuger Stadtrat. Dass Dana Zurr und Dani Brunner sich doch einige Gemeinsamkeiten zutrauen, zeigt ihr grosses Spenden-sammel-Buffer am 20. August, an dem kulinarisches und politisches Geniessen nicht zu kurz kommen soll.

*

Gar nicht harmonisch verläuft dagegen die Zusammenarbeit eines anderen Paares; zu dieser sind sie vom Zuger Gemeinderat verdammt worden, der schon vor Jahren die Schaffung einer städtischen Kulturkommission verlangt hat. Bei ihrem letzten Treffen schrien sie sich gegenseitig regelrecht an. Denn der eine versteht sich besser auf Tiere als auf aufmüpfige Kulturschaffende und -konsumentInnen, die andere hat sich das Anecken geradezu zum kreativen Hobby gemacht. Auch wenn richtiges Schreiben manchmal die Luft reinigt, können wir noch nicht über ein Happy End dieser provinziellen Hassliebe zwischen Othmar Kamer (Stadtpräsident mit Abgangstermin 31. Dezember) und Annelis Ursin (immer mal wieder halb zurückgetretene Leiterin des Burgbachkellers und Initiatorin der «Burgbachgespräche» zwischen Zuger Kulturschaffenden) berichten. Denn vorerst wird eine weitere Warterunde gedreht: eine «Machbarkeitsstudie» soll die möglichen Aufgaben einer Kulturkommission abklären.

*

Im Wahljahr und besonders nach dem Brunner-Effekt ist der Feminismus doch ein bisschen lebendiger als es die beliebten Todesanzeigen der «Partnerschafts-statt Konfrontations»-IdeologInnen meinen. Immer öfter entdecken die PolitstrategInnen «die Frauen» als neues Zünglein an der Waage, wenn es um Abstimmungs- und Wahlmehrheiten geht. Am besten vereinigt man diese zwei doch widersprüchlichen Tendenzen

Wahlen stehen vor der Tür

(Feminismus ist tot, aber Frauenförderung ist in) in den Gestalten von idealtypischen bürgerlichen Politikerinnen. Sogar in der unsäglichen Manne-mit-Schtumpe-und-Ränze-Partei SVP werden Frauen gefördert, wenn auch noch wenig befördert. So wirbt unsere jüngste und Zuger Partei grossflächig mit dem Inserat: «Frauen Macht Politik! Die SVP sucht gute bürgerliche Frauen». Klingelt's in den Ohren? Da gibt's doch in Zürich eine Partei radikaler, autonomer Feministinnen mit dem Namen FraP!, der ausgeschrieben nichts anderes als «Frauen macht/Macht Politik!» bedeutet... Ob sich dessen die SVP-Frauen, die am Frauenfest vom 4. Juni mit ihren neckischen gelben Kartonhütchen den lila SGA-Frauen Nachbarinnen waren, bewusst sind?

✱

Was vor sieben Jahren als Unternehmen der FDP-Frauengruppe startete, deckt mittlerweile fast das gesamte Politspektrum des Kantons Zug ab. Im Verein Umwelt Zug sitzt mit Reto Hunziker nämlich neu auch ein SGA-Vertreter im Vorstand, es fehlen einzig SVP und Autopartei. Diese Mitarbeit hat sich die linkste und grünste Partei des Kantons Zug offenbar mit dem gemeinsamen Engagement gegen die KVA Fänn und für eine ökologische Abfallplanung im Kanton Zug «verdient». Dass allerdings die SGA beziehungsweise Josef Lang und Dani Brunner mit ihrer Motion für einen Umweltberatungsstand an der Zuger Herbstmesse im Frühjahr 1987 die eigentlichen «Provokateure» des Projekts für eine private Umweltberaterinnen-gruppe der FDP-Frauengruppe um Trudy Kuster waren, hat in der offiziellen Geschichtsschreibung des Vereins noch keinen Platz gefunden. □

Die Wahlen im Herbst werfen ihre Schatten bis in den Kantonsratsaal, wo auch der Stadtzuger Gemeinderat fleissig seinen Geschäften nachgeht. Das Blockverhalten beim Abstimmen dominiert, und das SVP-Syndrom schwebt über den bürgerlichen Köpfen. Zwei Ausnahmen verdienen allerdings Erwähnung.

Martin Stuber

Die Diskussion um die Parkplatzbewirtschaftung weckte nicht die befürchteten Emotionen und endete gar mit einer einstimmigen Verabschiedung für den Kredit «zentrale Parkuhren» und mit nur drei Gegenstimmen (u.a. der FdP-Stadtratskandidat Hans Christen) für den Globalkredit «Verbesserungen für Velo und Fussgänger». In einem separaten Artikel gehen wir näher auf dieses Thema ein.

FdP-Interpellation «daneben»

Die Diskussion über die mehr als unglückliche Interpellation der FdP-Fraktion zum begleiteten Wohnen Drogenabhängiger am Lüssiweg war sachlich und auf hohem Niveau. Dabei bekam die FdP einiges ab. Die auf Stimmungsmache hinauslaufende Frage Nr. 2 («Wie stellt sich der Stadtrat zum Projekt, dass in einem Wohnquartier mit intakter Sozialstruktur eine aktive Fixerszene eingerichtet werden soll?») wurde gar nicht goutiert und klar widerlegt. Andrew Bos zeigt als Fachmann in einem eindrücklichen Referat auf, worum es bei dieser Sache wirklich geht. Stadtrat Romer stellte sich erfreulich deutlich hinter das Projekt, und sogar die CVP-Fraktion befürwortete die Einrichtung der Wohn-gemeinschaft. Leider fand die FdP nicht den Mut, Asche auf ihr Haupt zu streuen und die Falschaussagen in der Interpellation zu berichtigen.

Im persönlichen Gespräch distanzieren sich dann verschiedene FdP-Exponenten von der ominösen Frage Nr. 2, und dass Fraktionschef Rainer Hager während der ganzen Diskussion schwieg, sagt ja auch schon einiges...

Kids im GGR

Für mich als zumindest sitztechnisch Randständigen positiv war der GGR-Besuch der 3. Sekundarklasse des Loreto speziell für dieses Thema. Die Kids brachten etwas Farbe in den Rat, waren dem Vernehmen nach aber nicht sehr beeindruckt von der Debatte. Erst als Kantonschulsekretär Hans Christen breit darlegte, dass an der Kanti nicht ge-dealt werde, huschte ein vielsagen-des Grinsen über das Gesicht meines temporären Sitznachbarn...

Für einen Lacher sorgte Dani Brunner, der auf die Feststellung von Hans Christen, dass an der Kanti nur Alkohol und etwas Hasch konsumiert werde, meinte: «Damit kann also gesagt werden, dass an der Kanti die gleichen Drogen konsumiert werden, wie am jährlichen Gemeinderatsessen».

Kein Vollamt für Stadtrat

Was der Kanton im Nachgang zur Affäre Planzer schon vor einiger Zeit eingeführt hat, wird auf den 1. Januar 95 nun auch für den Zuger Stadtrat gelten: das Hauptamt. Vergeblich setzten sich SP, SGA und Bunte für ein Vollamt ein. Bei den

beiden bürgerlichen Fraktionen dominierte die Angst, bei der KandidatInnen-Auswahl zu stark eingeschränkt zu werden. So dürfen nun StadträtInnen auch in Zukunft «Verwaltungsrats-, Geschäftsführungs- und Revisionsmandate im eigenen Betrieb, in einem Familienbetrieb oder in einem Kleinbetrieb» (bis 50 Personen) ausüben. Darüber hinaus kann der GGR solche Mandate für andere Unternehmungen bewilligen, «wenn dies mit der Ausübung des Stadtratsmandates in sachlicher und zeitlicher Hinsicht vereinbar ist».

Das ist eine sehr weitreichende Ausnahmeregelung. Sie hat wohl dazu geführt, dass schliesslich die grosse Mehrheit der Bürgerlichen der Vorlage zustimmte und die im Vorfeld erwartete unheilige Allianz zwischen der Ratslinken und den bürgerlichen Hardlinern um Verwaltungsrats-Schwergewicht Leo Granzio (30 VR-Mandate gemäss VR-Verzeichnis 94), denen anfänglich sogar der weniger restriktive Vorschlag der Spezialkommission zu weit ging, nicht spielte. Dazu beigetragen hat – Ironie der Geschichte – auch die kompetente und engagierte Arbeit der Präsidentin der Spezialkommission, Claudia Schmid-Bucher (Bunte).

147'000 Fr. Jahreslohn

Wie «volksnah» das Stadtrats-Reservoir bei CVP und FdP offenbar ist, verdeutlicht folgende Zahl: nach dem neuen Reglement verdient ein Stadtrat brutto 147'000 Fr. jährlich ohne Sozialzulagen. Das scheint für ein Vollamt nicht zu reichen: «unser Reservoir für Kandidaten würde so ganz empfindlich eingeschränkt», so ein CVP-Gemeinderat im privaten Gespräch.

Und Leo Granzio bezeichnete den Betrag grundsätzlich als zu niedrig! WelcheR Bulletin-LeserIn

wäre bei diesem Lohn auf eine Nebenbeschäftigung angewiesen?

Mit klarer Blockbildung abgelehnt (21 zu 16) wurde die Motion von SP, SGA und Bunten bezüglich Job-Sharing für Stadträte. Das sei die Wiedereinführung eines Nebenamtes, gehe aus praktischen Gründen nicht, ein Stadtrat müsse führen; so tönte es aus den Reihen von CVP und FdP. Dies obwohl Annemarie Csomor diese Argumente schon im voraus widerlegte und einige konkrete Beispiele von Job-Sharing in Kaderpositionen aus der Privatwirtschaft anführen konnte.

Ein anderes Leben als voll zu arbeiten kann sich bei CVP und FdP offenbar niemand vorstellen. Dabei ist inzwischen erwiesen, dass TeilzeiterInnen produktiver sind als Workaholics. Der Schreibende könnte sich auch durchaus vorstellen, für 73'000 Fr. Jahreslohn den 50%-Job eines Stadtrates auszuüben, bei dem Lohn lägen sogar einige Gratis-Überstunden drin...

Stadt Zug am Hungertuch?

In Rekordzeit durchberaten wurde der Verwaltungsbericht. Kein Wunder, verzeichnet doch die Stadt in Zeiten, wo andere Gemeinwesen tief in den roten Zahlen stecken, noch immer einen Überschuss. Jo Lang wies in seinem Votum darauf hin, dass der prozentuale Anteil der Personalkosten an der Gesamtrechnung gesunken sei, das Personal also seinen Beitrag für eine ausgeglichene Rechnung geleistet habe. Er verband dies mit der Forderung, sich bei der Revision der Pensionskasse entsprechend grosszügig zu zeigen.

FdP-Gemeinderat Wadsack hingegen fühlte sich bemüssigt, der Stadt vorzuwerfen, sie hätte über ihre Verhältnisse gelebt und die FdP behalte sich vor, das nächste Budget abzulehnen! Mit maliziösem Lächeln stellte FdP-Stadtrat und Fi-

nanzchef Moos diese Behauptung richtig.

Das Lächeln verging Moos dann bei der Diskussion der SGA-Interpellation von M. Stuber, D. Brunner und J. Lang rund um die städtische Pensionskasse. Unsorgfältig und voreilig sei die Interpellation, das Arbeitsklima in der Stadt sei nicht beeinträchtigt, meinte Moos. Martin Stuber widersprach dieser Darstellung, die Unzufriedenheit beim städtischen Personal sei gross und es herrsche der Eindruck, der Zeitdruck wegen der Freizügigkeitsregelung ab 1.1.95 werde dazu genutzt, eine für das Personal unerfreuliche Vorlage schnell durchzupushen.

«Bunkerbauweise vorschreiben»

Während die bürgerliche Ratsseite oft und gerne vom Sparen spricht, hapert es bei den Taten immer wieder. So auch beim Wettbewerbskredit für ein Schulhaus in der Riedmatt, immerhin ein Bauprojekt von rund 10 Mio Fr. Angeregt durch den Anschauungsunterricht in Sachen Holzbau in Kanada und in den USA stellte M. Stuber den Antrag, in das Wettbewerbsprogramm die Bevorzugung von kostengünstiger Leichtbauweise aufzunehmen.

Die etablierte Baulobby opponierte wie erwartet dem Antrag und auch Bauchef Spescha mochte den Antrag nicht entgegennehmen. Sein Argument, dass ein Holzbau nur schlecht zum Riedmatt-Quartier passe, provozierte Stuber zur Anregung, dann konsequenterweise im Wettbewerbsreglement Bunkerbauweise vorzuschreiben. Den Vogel schoss aber die CVP-Fraktion ab. In seinem Votum plädierte Fraktionschef Granzio für kostengünstige Bauweise, allenfalls auch Leichtbauweise. Was die CVP-Fraktion nicht daran hinderte, geschlossen gegen den Antrag zu stimmen! Wahlen stehen vor der Tür... □

Warum zwei getrennte Listen?

Dass die Alternativen und die SP mit getrennten Listen an den Ständeratswahlen vom kommenden Herbst antreten werden, ist bei vielen auf Unverständnis gestossen. Die nachfolgende Chronologie beleuchtet die Hintergründe.

20. 10. 93, 1. Verhandlungsrunde (VR): Die SP-Delegation schlägt gemeinsame Listen vor für Regierungsrat, Ständerat und die kommunalen Exekutiven und plädiert für die Trennung der verschiedenen Ebenen (Regierungsrat, Ständerat, Gemeinden). Die Alternativen sind damit einverstanden.

26. 10.: Rosemarie Rossi, Josef Lang und Toni Kleimann teilen in einer öffentlichen Erklärung mit, dass bei den Ständeratswahlen «ebenfalls eine gemeinsame Kandidatur angestrebt wird.»

2. 3. 94: (2. VR): Die SP teilt mit, ihre Geschäftsleitung (GL) habe vor, «aus Gründen der parteipolitischen und programmatischen Profilierung eine eigene Kandidatur mit ein oder zwei KandidatInnen zu machen.» (Protokoll) Gleichzeitig wird das Recht der Alternativen auf eine eigene Ständerats-Kandidatur ausdrücklich anerkannt. Die Alternativen bitten «aufgrund des Umstandes, dass damit bezüglich Ständeratswahlen eine neue, sich vom ursprünglichen Positionspapier unterscheidende Situation eingetreten ist, um Diskussionszeit.»

16. 3.: (3. VR): Ständerat ist kein Thema.

13. 4.: (4. VR): Auf die nächste Verhandlungsrunde vom 4.5. werden «Ständerat und Wahlvereinbarung» als «Haupttraktanden» festgelegt.

3. 5.: Doris Angst schreibt der SP, dass und warum sie aus der Partei austrete und für die Alternativen kandidiere. (Doris hatte in der SP nie ein Amt bekleidet und war für die Partei nie öffentlich aufgetreten.)

4. 5.: (5. VR): Josef Lang gibt bekannt, dass Doris Angst für die Alternativen nominiert werden soll. Gleichzeitig erklärt er, dass die Alternativen von Doris Angst keinen Austritt aus der SP verlangt haben, diese aber vorhabe, aus Gründen, die mit der Kandidatur nur nebensächlich zu tun haben, einen solchen vorzunehmen. Urs Birchler findet einen solchen Schritt im Falle einer Kandidatur logisch. Gegen die Kandidatur von Doris wird von keinem anwesenden SP-Mitglied irgendein Einwand erhoben. Die SP teilt mit, dass die Geschäftsleitung dem Parteitag Rosemarie Rossi als einzige Kandidatin vorschlagen werde und (obwohl damit eine Linie frei bleibt) allein antreten wolle. Eine Diskussion findet einzig um die von den Alternativen vertretene gemeinsame Ständerats-Liste statt.

5. 5.: Eines der Hauptthemen des kantonalen SP-Vorstandes ist die Ständeratskandidatur von Doris Angst.

17. 5.: Pressekonferenz im Bären: Die sechs Einzelmitglieder aus den fünf alternativen Gruppierungen Sha Ackermann (Kritisches Forum), Annelies Gerber-Halter (Frische Brise), Vreni Juen (Forum Oberäge-

ri), Joseph Bürgler (Gleis 3), Josef Lang (SGA) und Toni Kleimann (Leitung, Fraktionschef) schlagen ihren Gruppierungen Doris Angst zur Nomination vor. Annelies widmet einen Teil ihres Kurzvotums dem Vorschlag einer gemeinsamen Ständeratskandidatur. César Rossi von der Zuger Zeitung stellt die Frage, ob Doris Angst nicht der SP angehöre.

18. 5.: In den ZN lehnt die auf die Einheitsfrage angesprochene SP-Präsidentin eine gemeinsame Ständeratsliste ab mit dem Argument, «dass die Nomination von Doris Angst ohne Absprache mit der SP erfolgt sei und sie erst vor wenigen Tagen davon erfahren habe.» Toni Kleimann stellt in einem Fax an die Medien diese unkorrekten Aussagen richtig (erscheint am 25.5. in ZN).

Richard Aeschlimann von der SP-GL faxt den Medien einen Text, in dem er Doris persönlich angreift und von einem «Frontenwechsel» spricht und die Ständeratskandidatur als «unglaublich» erklärt. Radio Sunshine macht aus dem Leserbrief eine grosse Geschichte, indem es Richard Aeschlimann, Rosemarie Rossi und Toni Kleimann interviewt. Richard Aeschlimann stellt die Kündigung der gemeinsamen Regierungsratsliste in Aussicht.

Pfingsttage: Die kantonale SGA erhält einen Brief von der SP-GL, in dem diese die bereits beschlossene Regierungsratsliste suspendiert, bis «in der Stadt Zug die Zusam-

mensetzung der Stadtratsliste beider Seiten zufriedenstellend gelöst worden ist», was der am 20.10. abgemachten Entkoppelung widerspricht. Gleichzeitig teilt die städtische SP mit, dass für die SP nur eine SGA-Person auf der gemeinsamen Stadtratsliste in Frage komme und dass eine Stapi-Kandidatur der SGA «undenkbar» sei.

25. 5.: Laut Zeitungsberichten wurde an der SP-Presskonferenz vom

Vortrag erneut die falsche Behauptung aufgestellt, die Alternativen seien vorgeprellt.

30. 5.: Der SP-Parteitag nominiert Rosemarie Rossi und lehnt mit 33 :10 Stimmen eine gemeinsame Ständeratsliste ab, weil die SP eine «Bundesratspartei» sei.

31. 5.: Der kantonale SGA-Vorstand schlägt der MV vom 16.6. vor, Doris Angst zu nominieren und für Rose-

marie Rossi eine Wahlempfehlung herauszugeben.

8. 6.: Das Kritische Forum Cham und die Frische Brise Steinhausen nominieren als erste Alternativgruppen Doris Angst. Die Frische Brise beschliesst zusätzlich eine Wahlempfehlung für Rosemarie Rossi.

16.6.: Die SGA nominiert Doris Angst und beschliesst eine Wahlempfehlung für Rosemarie Rossi. □

Kommentar

Schlechter Stil

Kommentar

Die diversen Wahlabkommen zwischen SP und Alternativen stehen. So kann das fortschrittliche Wahlpotential im Kanton Zug maximal in Sitze umgesetzt werden.

Bis es soweit war, ist allerdings viel Adrenalin geflossen – unnötig viel, wie ich meine. Die nebenstehende, durch Protokolle dokumentierte Chronik zeigt, dass die kantonale SP-Geschäftsleitung als hauptverantwortlich für den ganzen Knatsch bezeichnet werden muss. Die SP hat auch die gemeinsame Ständeratsliste frühzeitig und einseitig ausgeschlagen und damit «unsere» Wahlchancen – d.h. diejenige aller fortschrittlichen Kräfte im Kanton – geschwächt.

Was steckt dahinter? Nebst kurzfristigen taktischen Manövern (Druck auf die Verhandlungen in der Stadt wegen Stapi-Kandidatur und 5er-Liste) und dem Versuch, der SGA den schwarzen Peter in Sachen getrennter Ständeratslisten zuzuschieben (und dabei in der Öffentlichkeit mit Halb- und Unwahrheiten zu operieren) ist m.E. noch ein tieferer Grund aus-

zumachen: Der Parteipatriotismus ist bei einzelnen führenden SP-Leuten wieder hoch im Kurs, der an sich positive «Schub» für die SP nach der Bundesrätinnenwahl im letzten Jahr hat seine Spuren hier leider im negativen Sinn hinterlassen.

Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass der Entscheid von Doris Angst – die kurz zuvor aus der SP austrat –, auf der Liste der alternativen Gruppierungen für den Ständerat zu kandidieren, in der SP-Führungsetage einige Emotionen freigesetzt hat. Statt diese Emotionen an einem politischen Partner (und Konkurrenten) abzuladen, hätte sich die SP-Parteileitung fragen müssen, weshalb sich Doris Angst bei den Alternativen für eine Ständeratskandidatur besser abgestützt fühlt als bei der SP.

Der Verweis darauf, dass die SP als nationale Partei immer noch etwas anderes darstelle als die verschiedenen alternativen Gruppen zusammen, vermag dabei nicht so recht einzuleuchten: Bei den Kampagnen gerade auch für nationale

Abstimmungen liegt das Schwergewicht der Arbeit mit schöner Regelmässigkeit bei Parteilosen und Alternativen.

Nachdem ich mit der – guten – Erfahrung von dreieinhalb Jahren gemeinsamer Fraktion in der Stadt und produktiver Zusammenarbeit mit einigen SP-GenossInnen geglaubt hatte, das Gespenst des latenten Alleinvertretungsanspruches auf der rotgrünen Seite sei ein für allemal gebannt, hat mich die «Eruption» der letzten zwei Monate geschockt. In einer Zeit wie dieser – in der uns allen der Wind ins Gesicht bläst – ohne Rücksicht auf Verluste zu pokern, das Klima mit Unwahrheiten zu vergiften und das Vertrauen zwischen den Aktiven zu erschüttern, schadet uns allen und erhöht die Lust an der Politik nicht.

Unsere Stärke liegt in der pluralistischen Vielfalt und der solidarischen Zusammenarbeit – beides verträgt sich nicht mit «Grossmachtgebaren».

Martin Stuber, Mitglied der SP/SGA-Fraktion im GGR

«Muss hart bestraft werden»

Im Januar 1989 leistete Jo Lang seinen zweitletzten Ergänzungskurs (EK). Den letzten verweigerte er zweimal, 1991 und 1993. Diesen Akt demokratischen Ungehorsams verband er mit der Erklärung, wieder militärische Dienste zu leisten, sobald die Schweiz einen würdigen Zivildienst kennt. Es gibt Anzeichen, dass die Militär Richter sich über Jo an der GSoA rächen könnten. Am 14. Juli steht er in Aarau vor den Schranken des Divisionsgerichts.

Leo Boos*

Am 4. November 1991 schrieb Jo Lang, der seit 1974 Rekrutenschule, sieben Wiederholungskurse und 2 EK absolviert hatte, seinem Kompaniekommandanten, dass er in seinen «letzten Ergänzungskurs nicht einrücken werde. Nach der Volksabstimmung vom 26. November 1989, an der 36% der UrnengängerInnen und 72% der Auszugssoldaten die Armeeabschaffung befürwortet hatten, beschloss ich, meinen letzten EK'91 zu verweigern, wenn dann noch ein junger Schweizer wegen Militärverweigerung hinter Gitter sitzt. Wenn die offizielle Schweiz nicht einmal nach einem solchen Entscheid fähig ist, ihre politischen Gefangenen freizulassen und schnellstens einen wür-

digen Zivildienst einzuführen, dann soll sie auf meine militärische Dienste verzichten. Mit meiner Aktion drücke ich die moralische Empörung über die Vorenthaltung eines vom Europaparlament postulierten Grundrechts aus. Zugleich verstehe ich sie im Sinne des zivilen Ungehorsams als politisches Druckmittel».

Für die erste Verweigerung der fehlenden 14 EK-Tage wurde Jo Lang von Hauptmann Dürr, Auditor des Divisionsgerichts 5, zu 20 Tagen Gefängnis bestraft, die er im Sommer 1992 in Halbgefangenschaft absass.

Nach der zweiten Verweigerung droht ihm, wie der an sich offene gesinnte Untersuchungsrichter Hauptmann Tribelhorn in Aussicht stellte, eine bedeutend härtere Strafe. Der Bataillonskommandant Fischer von Jo Langs Einheit verlangt in einem

Schreiben an den Auditor «harte Bestrafung». Auch die Tatsache, dass Hauptmann Dürr nicht mehr alleine entschied, sondern das Dossier dem Divisionsgericht 5 überwies, deutet in diese Richtung. Dabei ist zu bedenken, dass es sich beim zuständigen Divisionsgericht 5 um ein vorwiegend aargauisches handelt.

Der Prozess findet am 14. Juli um 16 Uhr im Gebäude des Obergerichts Aarau statt. Es ist wichtig, dass möglichst viele Personen am Prozess anwesend sind. Es geht auch darum, die Einführung des im Mai 1992 von über 80% der Stimmbeschlossenen Zivildienstes zu beschleunigen und dessen Gestaltung zu beeinflussen. □

* Mitglied des nationalen GSoA-Vorstandes



MACHEN SIE MIT!



- Ich möchte mehr über die **SGA** wissen
- Ich möchte das **SGA-Bulletin** für 20.-/Jahr abonnieren (4x jährlich)
- Ich trete dem **Förderverein** pro SGA-Bulletin bei (Mindestbeitrag: Fr. 100.-)
- Ich möchte **den SGA-Versand** regelmässig erhalten (ca. 4x jährlich)
- Ich möchte das **SGA-Infoblatt** für Fr. 10.- pro Jahr abonnieren (monatlich)
- Ich möchte **SGA-Mitglied** werden

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ Ort: _____ Tel. _____

Mitteilungen: _____

Einsenden an: **Sozialistisch-Grüne Alternative SGA**
Postfach 829, 6301 Zug. Tel. 042/22 13 15. PC-Konto 60-13553-1.

veranstaltungen

- | | | |
|-----------|--------|--|
| juni | Mi 29. | Forum Oberägeri. Nominationsversammlung
Restaurant Ochsen |
| | Do 30. | Mitgliederversammlung SGA Stadt Zug. Nomination für die Stadtratswahlen '94
Rest. Bären Zug, 20.00h, Essen ab 18.30h |
| juli | Mi 6. | SGA-Frauengruppe
Casino Zug, 20.00h |
| | Fr 19. | Forum Oberägeri. Open Air Kino
Strandbad |
| august | Sa 20. | Forum Oberägeri. Open Air Kino
Strandbad |
| | Do 25. | Forum Oberägeri. Generalversammlung
Restaurant Ochsen |
| | Fr 26. | SGA, MV-Diskussion Wahlbroschüre
Parkhotel Zug, 20.00h |
| | So 28. | Forum Oberägeri. Wahlapéro
MS Victory (Schiff) |
| | Mi 7. | Amnesty International Zug: Monatssitzung
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30 |
| september | Mi 7. | SGA-Frauengruppe
Restaurant Bären, 20.00h |
| | Mi 21. | Frische Brise Steinhausen. Referat und Diskussion «Frauen Macht Politik» mit Sybilla Schmid (SGA)
Restaurant Löwen Steinhausen, 20.00h |
| | Mi 51. | Amnesty International Zug: Monatssitzung
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30 |
| oktober | Mi 5. | SGA-Frauengruppe
Casino Zug, 20.00h |
| | Sa 15. | Kritisches Forum Cham. Das Forum führt die Märtbeiz am Chamer Wochenmarkt
Chamer Wochenmarkt |
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |

AZB 6300 Zug 1
 Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 829, 6301 Zug

Termine

Termine für den nächsten Veranstaltungskalender bis 19. September einsenden an:

Thomas Ulrich
 Zugerstrasse 44
 6318 Walchwil



Titelblatt des Buches von Marc Sprechta und Leo Boos «Ungehorsam».